



Presseschau vom 22.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Sanktionen – Wirkungen, Auswirkungen, Rückwirkungen

Wegen des Einmarsches in die Ukraine verhängt der Westen massive Sanktionen gegen Russland. Für sein Sanktionsregime wirbt er um weltweite Unterstützung. Die Antwort darauf ist bisher negativ, denn die Rückwirkungen der Sanktionen sind umfassend. Der Westen wirkt isoliert. ...

<https://kurz.rt.com/2v1x> bzw. [hier](#)

Bernd Murawski: War die Zerstörung Mariupols vermeidbar?

Nirgendwo ist die humanitäre Lage momentan so katastrophal wie in Mariupol. Dabei kann es nach Einschätzung des Donezker Regierungschefs Denis Puschilin noch einige Zeit dauern, bis eine vollständige Einnahme durch die Armee der Volksrepublik Donezk gelingt. ...

<https://kurz.rt.com/2vpj> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

1:00 (23:00) rusvesna.su: Globale Agrargiganten wollen Russland nicht verlassen – WSJ

Die größten Agrargiganten arbeiten weiterhin in Russland, trotz des Drucks der Vereinigten Staaten und Europas, die von ihnen verlangen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Moskau abubrechen, schreibt der Kolumnist des Wall Street Journal, Patrick Thomas.

Die Veröffentlichung stellt fest, dass Organisationen wie Cargill, Bayer AG und Archer Daniels Midland nicht aufhören, Saatgut zu verkaufen und Getreide zu verarbeiten, obwohl westliche Ölfirmen und Fast-Food-Ketten ihre Geschäfte in Russland eingestellt haben. Europäische und amerikanische Hersteller von Lebensmitteln, Medikamenten und Konsumgütern würden gerne im Land bleiben, weil ihre Produkte von den Bürgern gebraucht würden, heißt es in dem Artikel.

Wie der Kolumnist erinnerte, spielt Russland eine immer wichtigere Rolle bei der Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln. Die Einstellung der Aktivitäten ausländischer Agrarunternehmen in dieser Region würde schwerwiegende Auswirkungen auf die weltweite Versorgung haben. Die Reduzierung des Exports von Weizen und anderen Produkten aus einem Staat mit riesigen fruchtbaren Böden würde zu einem Mangel an Nahrungsmitteln für die Weltbevölkerung führen, resümierte Thomas.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/rossiya_pshenica_hleb.jpg

vormittags:

6:30 de.rt.com: **Statt an NATO-Ostflanke: B-52 Langstreckenbomber fliegt Schleifen über Baumholder**

Wegen des Krieges in der Ukraine hat auch der militärische Flugverkehr über Deutschland zugenommen. Am Montag kreiste nun ein US-Langstreckenbomber vom Typ B-52 über der Großregion um das Rheinland-Pfälzische Baumholder.

Der B-52 Langstreckenbomber gilt als Wunderwaffe des Kalten Krieges. Bis heute ist das bereits Ende der 1950er-Jahre von Boeing als Nuklearwaffenträger entwickelte Stratosphärenflugzeug für die US-Luftwaffe im Einsatz.

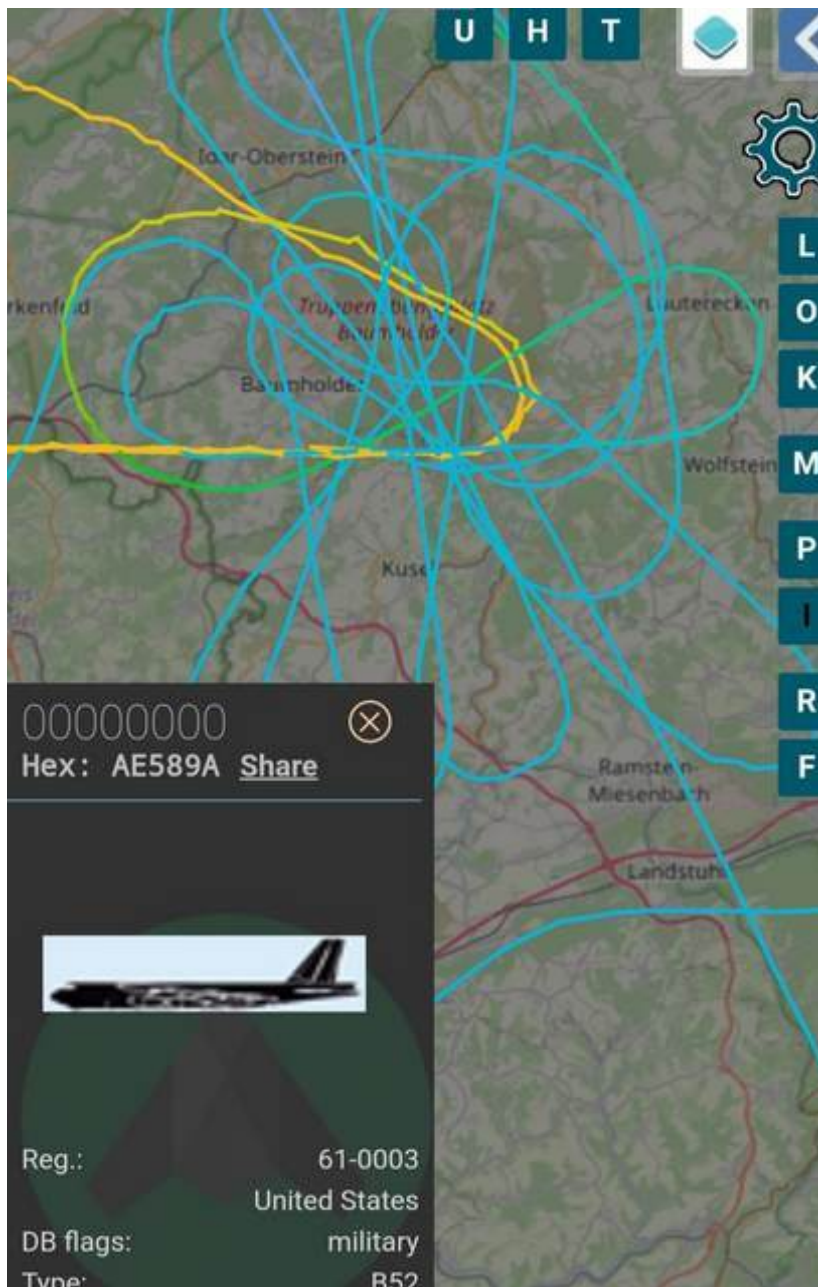
Seit Ende des Kalten Krieges war der zuvor zur Abschreckung gegen Russland eingesetzte Langstreckenbomber in Europa kaum mehr präsent und somit weitestgehend von hiesigen Radaranlagen verschwunden. Mit Beginn des Ukraine-Kriegs scheint diese Zeit jedoch vorbei zu sein, denn seit einigen Wochen taucht der nunmehr in die Jahre gekommene Atomwaffenträger immer häufiger auch über Deutschland auf.

Grund hierfür soll eine bereits von langer Hand geplante gemeinsame Übungsmission der NATO und US-Luftwaffe sein, für welche vier der normalerweise auf der Minot Air Force Base im US-Bundesstaat North Dakota stationierten B-52 Bomber Anfang Februar auf den US-Luftwaffenstützpunkt in Fairford, Großbritannien, verlegt wurden.

Wie die US-Luftwaffe in einer [Meldung](#) auf ihrer Webseite mitteilte, konzentrierte sich die sogenannte Bomber Task Force Europe auf die Verbesserung der Einsatzbereitschaft und Interoperabilität der Lotsen, die für die Koordinierung von Luftangriffen zur Unterstützung der Bodentruppen zuständig sind. Des Weiteren würden die Bomber zu Abschreckungszwecken an der NATO-Ostflanke eingesetzt.

Am Montagmorgen war auf der Flugüberwachungsseite "adsbexchange.com" zu beobachten, wie eines der B-52 Stratosphärenflugzeuge in Fairford startete und von dort aus über die Niederlande in den deutschen Luftraum einflog. Statt weiter zur NATO-Ostflanke zu fliegen, verweilte der Bomber jedoch kreisend über der Region um das Rheinland-pfälzische [Baumholder](#).

Über einen längeren Zeitraum hinweg flog die Maschine über dem US-Stützpunkt Baumholder Schleifen, bis sie nach etwa einer Stunde weiter Richtung Köln flog. Wie die US-Luftwaffe auf Anfrage mitteilte, umfasste der ungewöhnliche Einsatz des B-52 Bombers am Montag die Integration des Truppenübungsplatzes Baumholder in eine Übung zur Luftnahunterstützung.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6238a4dd48fbef1744760679.jpg>

Demnach trainierte die Besatzung des Bombers das Zusammenspiel mit US-amerikanischen und deutschen Einheiten am Boden, sogenannten "Joint Terminal Attack Controllern" (JTACs), die sich an diesem Morgen auf dem Truppenübungsplatz in Baumholder befanden. JTACs koordinieren sozusagen das Boden-Luft-Gefecht, indem sie dem Luftfahrzeug Ziele zuweisen und festlegen, wann und mit welchen Mitteln diese bekämpft werden sollen.

Dass der Bomber jedoch ausgerechnet über einem Stützpunkt der US-Armee kreiste, könnte zusätzlich mit dem dort stationierten [44. Fernmeldebataillon](#) der US-Armee in Zusammenhang stehen. Aufgabe des 44th Expeditionary Signal Battalion ist die Bereitstellung taktischer Kommunikationsmittel für US-Militäreinheiten, die innerhalb des europäischen Einsatzgebietes operieren.

Eigenen Angaben zufolge baut, betreibt und verteidigt das 44. Fernmeldebataillon spezielle Einsatzführungssysteme und -netze zur Unterstützung einheitlicher Landoperationen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6238bc6cb480cc457857fb7b.jpg>

8:40 (6:40) rusvesna.su: 67 Ukrainer ergaben sich in der Nähe von Kiew, darunter Neonazis und Frauen

In der Nacht vom 21. auf den 22. März ergaben sich 67 Ukrainer in der Nähe von Kiew, darunter Neonazis und Frauen.

Die Gefangenen versuchten, [Neonazi-Tattoos](#) als "Zeichen einer Militäreinheit" auszugeben. Einer der Gefangenen wurde mit dem Abzeichen des Asowschen Bataillons, der "Wolfsangel", einem Wolfshaken, entdeckt.

Alle Häftlinge bekamen Nahrung, die Verwundeten wurden medizinisch versorgt.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/vsu_plachet.jpg

7:15 de.rt.com: Paris und Washington halten weitere Sanktionen gegen Russland für notwendig

Der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian und US-Außenminister Anthony Blinken haben am Montag die Entwicklungen der Situation in der Ukraine erörtert. Laut einer Pressemitteilung auf der Website des französischen Außenministeriums halten beide Seiten weitere Sanktionen gegen Russland für notwendig. Darin hieß es laut der Nachrichtenagentur TASS:

"Die Außenminister erklärten, es sei notwendig, die Sanktionen angesichts der russischen Offensive weiter zu verschärfen."

Le Drian und Blinken betonten die Priorität eines Waffenstillstands in der gesamten Ukraine. Sie wiesen auf die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit im Bereich der Lebensmittelversorgung hin. Beide Seiten bekräftigten außerdem ihre Unterstützung für die Internationale Atomenergie-Organisation bei der Stärkung der Sicherheit der zivilen Nuklearanlagen in der Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623962b2b480cc1dc20b0d57.jpg>

7:45 de.rt.com: **Biden leugnet biologische und chemische Waffen der USA in Europa**

US-Präsident Joe Biden hält Andeutungen, wonach die USA biologische und chemische Waffen in Europa lagern, für unwahr. Bei einem Treffen mit Wirtschaftsvertretern zur Lage in der Ukraine sagte er am Montag:

"Behauptungen, dass Amerika sowohl biologische als auch chemische Waffen in Europa hat, sind einfach nicht wahr. Das garantiere ich Ihnen."

Auf Moskau verweisend erklärte er weiter:

"Sie deuten auch an, dass die Ukraine biologische und chemische Waffen in der Ukraine hat." Dies sei ein klares Anzeichen dafür, dass die russische Führung den Einsatz beider Waffenarten in Betracht ziehe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6239563cb480cc1dc20b0d55.jpg>

g

8:05 de.rt.com: **Russische Botschaft: US-Medien lügen über Einrichtung von Lagern in Mariupol**

Die russische Botschaft in den USA bezeichnete Veröffentlichungen in westlichen Medien, wonach in Mariupol angeblich sogenannte Filtrationslager eingerichtet würden, als unprofessionelle und grenzüberschreitende Lügen.

In einer Erklärung der Botschaft auf Telegram heißt es:

"Wir haben die von den ukrainischen Behörden in den US-Medien wiedergegebenen Äußerungen über die angebliche Einrichtung von 'Filtrationslagern' durch unser Militär auf dem Gebiet von Mariupol zur Kenntnis genommen. Die Unprofessionalität und Lügen überschreiten alle Grenzen. Die Presse arbeitet nach dem Prinzip 'In einem Informationskrieg sind alle Mittel recht'."

Weiter wies die diplomatische Vertretung darauf hin, dass es sich bei den vermeintlichen Lagern um Kontrollpunkte für Zivilisten handele, die die Zone der aktiven Kampfhandlungen verlassen. Die Botschaft forderte die US-Medien auf, "sich auf die kriminellen Handlungen" der ukrainischen Truppen zu konzentrieren, "die ihre eigenen Bürger als menschliche Schutzschilde benutzen und in Wohngebieten von Mariupol schwere Waffen stationieren". Zuvor hatten die Washington Post, The Guardian und Fortune Informationen veröffentlicht, wonach Zivilisten angeblich bestimmten Plänen zufolge aus Mariupol evakuiert würden, um einige Menschen zu "liquidieren und in Arbeitslager" zu stecken. Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin wies die Vorwürfe zurück.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6239684048fbef0747144a99.jp>

g

8:11 de.rt.com: **Beschossenes Einkaufszentrum in Kiew: Videobeweise für militärische Nutzung**

Das am Sonntagabend vom russischen Militär beschossene Einkaufszentrum in Kiew stellte offensichtlich ein legitimes militärisches Ziel dar. Videos des russischen Verteidigungsministeriums belegen, dass dort Militärfahrzeuge untergestellt und Waffen gelagert wurden.

Das am Sonntagabend beschossene Einkaufszentrum "Retroville" in der ukrainischen Hauptstadt Kiew war offenkundig ein militärisches Ziel, zumindest seit dem Zeitpunkt, als dort Fahrzeuge des ukrainischen Militärs, Waffen und Munition untergestellt und gelagert

wurden. Dies machte Igor Konaschenkow, der Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Montag deutlich. Darüber berichtete die Agentur RIA Novosti und [veröffentlichte zwei](#) Videos, die eine militärische Nutzung des Gebäudekomplexes zeigen sollen.

Das russische Militär war in der Lage, die Fahrzeugbewegungen und militärischen Aktivitäten rund um das Einkaufszentrum mittels Drohnen oder Satelliten zu verfolgen. Dabei ist zu sehen, wie Militärfahrzeuge an das Einkaufszentrum heranzufahren, dort geparkt oder untergestellt werden. Die Beobachtung scheint unabhängig davon erfolgt zu sein, dass in den sozialen Netzwerken entsprechende Berichte, Fotos und Videoclips über die militärische Nutzung des Areals veröffentlicht wurden. Der Kiewer Bürgermeister Witali Klitschko hatte sich in einem Appell an die Bevölkerung gewandt, derlei Informationen nicht weiterzuverbreiten.

Konaschenkow führte weiter aus, dass das russische Militär ausschließlich militärische Ziele angreife, auch in der West- und südwestlichen Ukraine. Dafür würden unter anderem Marschflugkörper, ballistische und Hyperschallraketen vom Typ Kinschal verwendet, die sich durch eine hohe Treffgenauigkeit auszeichneten.

Das zweite vom russischen Militär veröffentlichte [Video](#) lässt relativ gut erkennen, wie Raketenwerfer vom Typ Grad in Winogrady, einem Vorort an der Stadtgrenze Kiews, zwischen Wohngebäuden postiert und von diesen Stellungen aus zum Beschuss des russischen Militärs eingesetzt werden, wie Konaschenkow erläuterte. Gezeigt wird auch die Zerstörung der Raketenwerfer, die vermutlich von Drohnen aus erfolgte.

Konaschenkow betonte, dass russische Truppen nur militärische Ziele beschießen würden, wohingegen das ukrainische Militär und die Einheiten ukrainischer Nationalisten auf Wohngebäude und zivile Infrastruktur schießen würden.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 22. März 2022 hat die Truppengruppierung der DVR auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik 99 Ortschaften, einschließlich Slawnoje, befreit. Kämpfe um Mariupol, Awdejewka, Marjinka und Werchnetorezkoje halten an.

8:30 de.rtcom: Naftogas-Chef: Transit von Gas aus Russland wird fortgesetzt

Die Ukraine wird weiterhin russisches Gas nach Europa leiten, solange dies technisch möglich ist. Das verkündete der Leiter des ukrainischen Gas-Unternehmens Naftogas Juri Witrenko in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Bloomberg. Er sagte:

"Die Frage des Transits durch die Ukraine nach Europa ist sehr kompliziert. Sie wird auf höchster politischer Ebene und nicht nur in der Ukraine diskutiert. Im Moment besteht die Lösung darin, dass wir, solange es technisch möglich ist, weiterhin russisches Gas durchleiten."

Der Naftogas-Chef räumte auch ein, dass es vonseiten des russischen Militärs keine Versuche gab, die Infrastruktur, durch die das Gas transportiert wird, zu beschädigen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62396d4cb480cc1dc20b0d5c.jpg>

10:49 (8:49) kp.ru: **Ein Bioingenieurwissenschaftler sprach über das Funktionsprinzip von Waffen gegen Slawen**

Man kann können sich das Genom genauer ansehen und die Unterschiede zwischen einer ethnischen Gruppe und einer anderen erkennen, sagte Alexander Kudrjanzew.

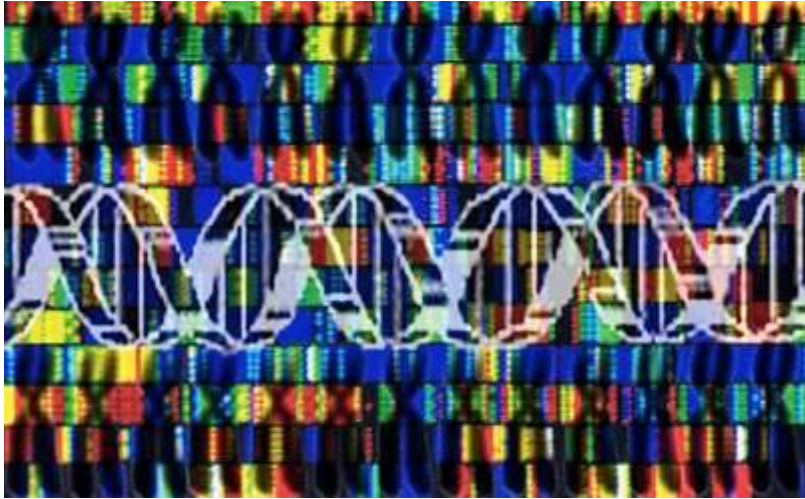
Ein Bioingenieur, Biotechnologie-Spezialist, Absolvent der Abteilung für Bioingenieurwesen der Fakultät für Biologie der Staatlichen Universität Moskau, Alexander Kudrjanzew, erklärte in einem Interview mit kp.ru, wie Waffen gegen die Slawen wirken könnten.

„Sie können sich das Genom genauer ansehen - achten Sie auf kleinere DNA-Fragmente. Insbesondere sehr kurze Abschnitte, sagen wir eine Kette von 20 Nukleotiden (die Bausteine, aus denen unsere DNA besteht)“, sagte der Spezialist.

Kudrjanzew glaubt, dass es auf dieser Ebene möglich ist, die Unterschiede zwischen einer ethnischen Gruppe und einer anderen zu erkennen. Der Experte vermutet, dass die Entdeckung dazu beitragen könnte, den Körper einer bestimmten Gruppe von Menschen zu beeinflussen.

„Hypothetisch möglich sind ‚Zusammenbrüche‘, die die Entstehung von bösartigen Tumoren provozieren können, oder das Immunsystem drastisch schwächen oder zum Ausbruch von Autoimmunerkrankungen führen, wenn das Immunsystem beginnt, seinen Besitzer anzugreifen“, erklärte Kudrjanzew.

Zuvor sagte Dmitri Rogosin, Generaldirektor des staatlichen Unternehmens Roskosmos, dass die in der Ukraine entwickelte Biowaffe das Fortpflanzungssystem von Frauen sowie die Immunität „bestimmter ethnischer Gruppen“, einschließlich der „russischen Bevölkerung Russlands“, beeinträchtigt. Ihm zufolge beeinflusst diese Biowaffe „die Fortpflanzungsfunktion von Frauen einer bestimmten Nationalität sowie das Immunsystem einer bestimmten ethnischen Gruppe“, wodurch sie „Allergien, Unverträglichkeiten gegenüber traditionellen Nahrungsmitteln und die Anfälligkeit für Krankheiten verursacht, was zur Schwächung der Immunität der Nation und ihrer Auslöschung ohne Kriegseinwirkung führt“.



<https://s14.stc.yc.kpcdn.net/share/i/12/12408255/wr-960.jpg>

11:21 (9:21) novorosinform.oeg: Als Supermarkt getarntes Munitionsdepot in Sewerodonezk zerstört

Die ukrainischen Streitkräfte nutzen weiterhin zivile Einrichtungen als Munitionsdepots. Letzte Nacht wurde bei einer gemeinsamen Aktion der Truppen der Russischen Föderation und der LVR ein Lagerhaus in einem der örtlichen Supermärkte zerstört, [berichtet](#) der Telegram-Kanal „Denazifikazia UA“.

„In Sewerodonezk (vorübergehend unkontrolliertes Gebiet der LVR) richteten die Streitkräfte der Ukraine ein Waffendepot in einem Supermarktgebäude ein. Die ‚Verschwörung‘ half nicht – das Gebäude flog in die Luft“, heißt es in dem Bericht.

Es wird darauf hingewiesen, dass derzeit die Operation zur Befreiung dieser Siedlung im Gange und die Stadt Rubishnoje bereits zuvor unter die Kontrolle der LVR übergegangen sei.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/W5LwJKiG3RncWNgIOz_RD3HYXM-QUfettYMZN3hy_ydKLWJqH3oduJw5U9jcfZZtwjWZvpvB_iaD5hP9jkQmG4a1iWIz3V_SW5gqzGB5AICMpUnaOb4HGhoN6undOe_eciK4VNXL5IRkmQ-a_cAjDSEq-4A1BMvwf1TpxJLMsdg1ECasNnzVW-gJ6pD1_MFAO9Av7a0RR5NGSyJeP7ESBev7MlpvPvRr1h6ToXPKDSoZg6MRU3RHcBuXbiH4mFf2shXjW5yWmWiXrhf_tALUDn-ZkY1cDjTteZWIoFjMMFaRbPLc_UQDbouWcnkSMtb7Tt5jPoTOUe9R4fYtAhg.jpg

11:36 (9:36) novorosinform.org: **Das russische Militär übernahm die Kontrolle über das Dorf Uroshajnoje - Verteidigungsministerium der RF**

Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, sagte, dass die russischen Streitkräfte weitere 6 Kilometer vorgerückt seien und das Dorf Urozhaynoye besetzt hätten.

Er habe dies während eines Briefings mitgeteilt, teilte RIA Novosti mit.

„Jetzt kämpfen sie mit Einheiten der 128. selbstständigen Gebirgstruppenbrigade der Streitkräfte der Ukraine“, sagte Konaschenkow.

Darüber hinaus rückten die DVR-Truppen nach Angaben des Generalmajors vier Kilometer tief in die ukrainische Verteidigung der 25. Luftlandebrigade vor. Jetzt gingen die Kämpfe um die Befreiung von Kamenka, Nowoselowka II und Werchnetorezkoje weiter. In Richtung Kurachowo rückten die Truppen der Streitkräfte der Russischen Föderation und der DVR in der Nacht 5 Kilometer vor.

Außerdem zerstörte das Militär der DVR eine Kompanie der 53. separaten mechanisierten Brigade und Einheiten des Angriffsbataillons der 54. separaten mechanisierten Brigade der Streitkräfte der Ukraine. Infolgedessen konnte das Militär der DVR Slawnoje, Trudowskoje, die Siedlung des Scheljuskinzew-Bergwerks und Maryinka betreten.

Die Streitkräfte der LVR übernahmen die Kontrolle über die Siedlungen Kalinowo Popasnoje, Nowoalexandrowka, Stepnoje und Boguslawskoje. Es werde daran gearbeitet, Einheiten der 30. separaten mechanisierten Brigade der Streitkräfte der Ukraine zu eliminieren.



https://novorosinform.org/content/images/15/11/41511_720x405.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 22.3.22 um 10:30 Uhr**

Der Gegner hat in den letzten 24 Stunden 290 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, 32, darunter sechs Kinder, wurden verletzt.** 14 Wohnhäuser, 11 Infrastrukturobjekte und 4 Fahrzeuge wurden beschädigt.

271 Umspannwerke wurden außer Betrieb gesetzt. **Mehr als 30.000 Verbraucher** der Bezirke Kiewskij, Kirowskij, Kujbyschewskij und Petrowskij von Donezk sowie von Jakowlewka und Mineralnoje **haben keinen Strom.**

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In Richtung Mariupol geht die Entnazifizierung der 36. Marineinfanteriebrigade dem Ende zu, in der nächsten Zeit wird sie aufhören zu existieren, mit Ausnahme der Soldaten, die von der Beteiligung an den Kampfhandlungen Abstand genommen haben.

In Richtung Donezk haben unsere Soldaten in den letzten 24 Stunden 56 ukrainische Besatzer, 23 Feuerpunkte, zwei Schützenpanzer, einen Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, ein Artilleriegeschütz „Gwosdika“, drei Schützenpanzerwagen und ein Feldartillerielager vernichtet. Es wurden ein Panzer, vier Schützenpanzer, zwei Panzerfahrzeuge und ein Lager mit ausländischen Waffen und Munition erbeutet.

Neun Soldaten der 54. mechanisierten Brigade und sechs der 25. Luftlandebrigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf unsere Seite übergegangen.

Von unseren Verteidigern wurden **425 Menschen, darunter 102 Kinder, aus Mariupol evakuiert.**

Ich wende mich an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, das Kommando hat sie im Stich gelassen. Folgen Sie dem Beispiel ihrer Kameraden und retten Sie ihr Leben. Nur wenn sie freiwillig die Waffen niederlegen und auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergehen werden sie zu Ihren Familien zurückkehren können.

9:45 de.rt.com: **Moskau: USA sollten Beziehung zu Russland nicht weiter strapazieren**

Washington sollte die Beziehungen zu Russland nicht weiter eskalieren und keine Waffen mehr an die Ukraine liefern. Das verkündete der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow. Am Dienstag sagte er Reportern:

"Die Frage zu stellen, was getan werden muss, um die Beziehungen zu erhalten, ist sicherlich richtig. Sie müssen einfach mit ihrer Eskalation aufhören, sowohl verbal als auch in Bezug auf die Versorgung des Kiewer Regimes mit Waffen. Sie sollten aufhören, Drohungen gegen Russland auszusprechen."

Rjabkow wies darauf hin, dass die Beziehungen zwischen Russland und den USA kurz vor dem Abbruch stünden, wobei die weiteren Entwicklungsperspektiven davon abhingen, für welche Linie sich Washington entscheide.

Der Politiker fügte hinzu, dass die Schritte der USA keinen Einfluss auf Moskaus Entschlossenheit hätten, die Ziele der russischen Militäroperation in der Ukraine zu erreichen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623971cd48fbef12dd3332d0.jpg>

9:53 de.rt.com: **Japan kritisiert Russlands Aufkündigung von Gesprächen über Friedensvertrag als inakzeptabel**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor knapp 77 Jahren gibt es keinen Friedensvertrag zwischen Russland und Japan. Da Tokio nun Moskau wegen des Ukraine-Kriegs sanktioniert, legt Russland die Gespräche über den Friedensvertrag auf Eis. Japan findet dies "unvernünftig".

Japan hat Russlands Entscheidung kritisiert, die Gespräche über die Abschließung eines Friedensvertrags zwischen den beiden Ländern aufzukündigen. Am Dienstag bedauerte die japanische Botschaft in Moskau den Beschluss und bezeichnete ihn als absolut inakzeptabel. Die Einstellung der Zusammenarbeit an gemeinsamen wirtschaftlichen Aktivitäten auf den südlichen Kurilen sei eine "große Verachtung gegenüber den Gefühlen der ehemaligen Inselbewohner und ihrer Familien". Die Botschaft verwies in diesem Zusammenhang auf die im Jahr 2016 zwischen dem russischen Staatschef Wladimir Putin und dem damaligen japanischen Premierminister Shinzō Abe getroffene Vereinbarung.

In ihrer Stellungnahme gegenüber der russischen Nachrichtenagentur Interfax fügten die Diplomaten hinzu, Japan halte die sogenannte militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine für inakzeptabel und protestiere kategorisch gegen die Versuche Moskaus, Tokio für die beschlossenen Maßnahmen verantwortlich zu machen.

Auch der amtierende japanische Regierungschef Fumio Kishida verurteilte die Gegenreaktion Russlands auf die japanischen Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg scharf. "Russlands Verhalten ist äußerst unvernünftig und absolut inakzeptabel. Wir protestieren vehement."

Der Politiker erklärte am Dienstag, die Regierung in Tokio ändere nicht ihren Kurs auf die Beilegung des Territorialstreits mit Russland um die Kurilen und den Abschluss eines Friedensvertrags.

Dmitri Medwedew, der Vizevorsitzende des russischen Sicherheitsrates, erklärte, Russlands Verzicht auf die Gespräche über einen Friedensvertrag sei "historisch gerechtfertigt". Im Inselstreit hätte Russland sowieso niemals einen Konsens mit Japan gefunden. Auch Japan sei sich darüber schon immer im Klaren gewesen. Die Verhandlungen hätten immer einen rituellen Charakter gehabt.

"In der neuen Fassung der russischen Verfassung ist direkt festgehalten, dass keine Territorien unseres Landes veräußert werden können. Die Angelegenheit ist damit erledigt."

Am Montagabend hatte das Außenministerium in Moskau eine Reihe von Gegenmaßnahmen verkündet, nachdem sich Japan den westlichen Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg angeschlossen hatte. So wurden die Gespräche über einen Friedensvertrag mit Japan aufgekündigt. Darüber hinaus annullierte Russland eine Vereinbarung über visafreie Reisen für Japaner auf die Kurilen. Die russischen Diplomaten begründeten dies mit einem antirussischen Kurs der Regierung in Tokio und machten sie für den Schaden verantwortlich, der den bilateralen Beziehungen und den Interessen Japans zugefügt wurde.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor knapp 77 Jahren steht der Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwischen Russland und Japan der Territorialstreit um die südlichen Kurilen im Wege. Der Archipel liegt zwischen der russischen Halbinsel Kamtschatka und der japanischen Insel Hokkaido. Japan hat die Inseln nach der Kapitulation im Zweiten Weltkrieg an die UdSSR verloren, fordert aber die vier Inseln Iturup, Kunaschir, Schikotan und Chabomai zurück. Tokio bezeichnet diese Inseln als seine "Nördliche Territorien". Russland lehnt als Rechtsnachfolger der Sowjetunion eine Rückgabe der Inseln ab.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6239892f48fbef0747144ab8.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 22.03.2022

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **17 Artilleriegeschosse** mit 122mm-Rohrartillerie auf das Territorium der Republik abgefeuert, unter Beschuss gerieten **drei Ortschaften** der Republik. Infolge des Beschusses von Donezkij wurden fünf Wohnhäuser, ein Geschäft und ein kommunales Unternehmen beschädigt. Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Feuerstellungen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus geschossen wurde, operativ entdeckt und vernichtet.**

Die Volksmiliz leistet weiter den Einwohnern der befreiten Territorien der Republik Hilfe. Gemeinsam mit dem Fonds „Newskij Front“ wurden humanitäre Hilfe für die Einwohner von Rubeshnoje geliefert.

Außerdem haben Soldaten des Pressedienstes der Volksmiliz gemeinsam mit Offizieren der Vertretung der LVR im GZKK **135 Einwohner von Rubeshnoje evakuiert.**

10:10 de.rt.com: USA wollen Beziehungen zu Russland aufrechterhalten

Ned Price, der Sprecher des US-Außenministeriums, erklärte am Montag, dass die USA und Russland ihre diplomatischen Vertretungen in den jeweiligen Ländern offen halten und die Dekonfliktkanäle aufrechterhalten werden. Auf einer regulären Pressekonferenz des US-Außenministeriums sagte Price:

"Wir glauben, dass es sehr wichtig ist, die Kommunikationskanäle mit Russland aufrechtzuerhalten. Ein offener Dialog ist von entscheidender Bedeutung, vor allem in Zeiten von Spannungen und Konflikten."

"Wir haben uns bemüht, eine diplomatische Präsenz in Moskau aufrechtzuerhalten."

"Wir haben uns bemüht, dass Russland in der Lage ist, eine diplomatische Präsenz in den USA weiterhin aufrechtzuerhalten."

Zuvor hatte Moskau den US-Botschafter einbestellt, weil US-Präsident Joe Biden sich "inakzeptabel" über seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin geäußert und gewarnt hatte, dass die Beziehungen zu Washington "am Rande des Zusammenbruchs" stünden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623991e9b480cc75ca522e74.jpg>

12:10 (10:10) novorosinform.org: **Ukrainer sprachen über die Tragödie der Stadt Borodjanka in der Nähe von Kiew**

Die Geschichte darüber, was passiert ist, wurde im Auftrag der Quelle "Kyivska Rus" im Dienst telegra.ph verbreitet.

Laut den Autoren der Veröffentlichung versammelte der Bürgermeister der Stadt Borodjanka in der Region Kiew, Georgi Jerko, eine Einheit der Territorialverteidigung, um die russische Armee „abzuwehren“.

Zusammen mit dem Leiter des örtlichen Militärregistrierungs- und Rekrutierungsamtes organisierten sie ihre Stellungen am Rande der Stadt an der Autobahn Korosten-Irpin, blockierten die Straße und warfen Molotow-Cocktails auf eine Kolonne russischer Militärausrüstung. Infolgedessen begannen Straßenkämpfe, die Stadt und insbesondere das Zentrum wurden schwer beschädigt.

Es wird angemerkt, dass den Hauptschlag die Hochhäusern erlitten. Die ukrainischen Nationalisten stellten sich in Schusspositionen und schickten die lokale Bevölkerung in die Keller, angeblich "um Schutz zu suchen".

„Es wurden nicht nur Maschinengewehre eingesetzt, sondern auch Granatwerfer mit Mörsern, Munitionsdepots wurden in den Eingängen eingerichtet, und jemand, der Klügste (höchstwahrscheinlich der Leiter der Polizeibehörde), meldete dem regionalen Hauptquartier der Territorialverteidigung, dass Moskauer Panzer in eine Falle geratenseien und durch Artilleriefeuer zerstört werden könnten. Daraufhin begannen "Grads" begannen im Zentrum der Stadt ihre Arbeit.“, berichtet der Autor.

Infolge der Detonation der Arsenale, die die Kämpfer in den ersten Stockwerken platziert hatten, stürzten Wohngebäude ein, was zu der Tragödie führte.

"Die russische Truppen zogen sich aus der Stadt zurück. Als der Morgen kam, waren Hilferufe unter den Ruinen zu hören. Laut Nikolai Ganin, einem Einwohner von Borodjanka, könnten bis zu hundert Menschen in den Kellern sein", heißt es in dem Artikel.

Die freiwilligen Helfer, Feuerwehrleute und Retter wurden von Vertretern der Territorialverteidigung zusammen mit BFU-Kämpfern daran gehindert, die Menschen zu retten. Andere Bewohner verließen das Kampfgebiet, darunter auch der Bürgermeister selbst, der zu den ersten gehörte, die die Stadt verließen. "Als russische Einheiten eine Woche später in die verlassene Stadt eindrangen, um die Plünderungen zu stoppen und die Ordnung im Hinterland wiederherzustellen, erzählten Rentner aus den umliegenden Privathäusern dem russischen Militär die schreckliche Geschichte der lebendig begrabenen Menschen. Aber

niemand hat unter den Trümmern hat mehr um Hilfe gerufen", resümieren die Autoren.



https://novorosinform.org/content/images/15/16/41516_720x405.jpg

10:25 de.rt.com: **Medien: Neue US-Militärhilfe besonderer Art – Lieferung sowjetischer Luftabwehrwaffen an die Ukraine**

Die USA liefern Kiew Luftabwehrsysteme sowjetischer Herkunft, meldete das Wall Street Journal am Montag. Damit soll Russland die Luftherrschaft über der Ukraine streitig gemacht werden. Washington erwarb die Waffen vor Jahrzehnten im Rahmen eines geheimen Programms.

Russlands Militär hat sich im Rahmen seines Sondereinsatzes in der Ukraine weitgehend die Herrschaft im Luftraum des Landes erstritten. Sowohl die Luftwaffe als auch die Luftabwehr der Ukraine wurden mittlerweile handlungsunfähig gemacht beziehungsweise faktisch vernichtet. Daneben erwiesen sich bereits zu Beginn der russischen Kampagne russische Langstrecken-Präzisionslenkwaffen, die wichtige militärische Ziele im Hinterland treffen, für die ukrainische Luftabwehr als nur sehr schwer abfangbar. Hier wollen die USA mit weiteren Militärhilfen ansetzen: Umfassten Luftabwehrwaffen-Lieferungen der USA und anderer NATO-Staaten lediglich tragbare Luftabwehrraketen vor allem vom Typ FIM-92 "Stinger", so schrieb das Wall Street Journal am Montag mit Verweis auf anonyme US-Beamte von Lieferungen nun auch schwerer Luftabwehrwaffen – und zwar solchen aus sowjetischer Produktion. Das Blatt führte folgende Aussage eines US-Beamten an:

"Wir arbeiten weiterhin mit unseren Verbündeten und wichtigen Partnern zusammen, um der Ukraine jeden Tag neue Unterstützung zukommen zu lassen – einschließlich Flugabwehrsysteme sowjetischer oder russischer Herkunft und der für ihren Einsatz notwendigen Munition."

Die sowjetischen Luftabwehrsysteme wurden seinerzeit von den USA beschafft, um die russische Militärtechnologie zu untersuchen und mit den gewonnenen Daten die Ausbildung der US-Truppen zu unterstützen, erklärten US-Beamte der Zeitung.

Washington ist der Ansicht, die Waffen könnten dem ukrainischen Militär von Nutzen sein, da es bereits mit dem Einsatz sowjetischer Systeme bestens vertraut ist.

Sowohl der Nationale Sicherheitsrat der USA als auch das Pentagon lehnten jede Stellungnahme dazu ab, welche Waffensysteme genau nun in die Ukraine geschickt wurden: "Die operative Sicherheit ist den Ukrainern im Moment sehr wichtig", so Pressesprecher John Kirby am Montag.

Allgemein ist allerdings bekannt, dass die USA über eine kleine Anzahl sowjetischer Raketenabwehrsysteme verfügen, die sie im Zeitraum der vergangenen 30 Jahre im Rahmen eines geheimen 100-Millionen-Dollar-Projekts erwarben. Dies erklärte ein Militärangehöriger beziehungsweise Beamter im Ruhestand, der an diesem Projekt beteiligt gewesen sei, gegenüber dem WSJ. Information über dieses Projekt gelangte erstmals im Jahr 1994 an die

Öffentlichkeit. Einige Waffen aus diesem Bestand sollen aktuell im Redstone Arsenal im US-Bundesstaat Alabama aufbewahrt werden. Bekannt sei auch, dass das Kurzstrecken-Boden-Luft-Raketensystem 9K33 "Ossa" (NATO-Code SA-8 "Gecko") mit bis zu zehn Kilometern Reichweite und bis zu sechs Kilometern Zielflughöhe zu diesen Waffensystemen gehört. Die "Ossa" kann leicht zusammen mit den zu schützenden Bodentruppen bewegt werden, denen sie Deckung vor Flugzeugen und Hubschraubern bietet.

Auch das S-300-Luftabwehrsystem mit weitaus größerer Reichweite gehört bekanntermaßen zum US-Bestand. Es ist für den Schutz größerer Gebiete konzipiert und befindet sich bereits im Besitz und Betrieb der ukrainischen Armee. Allerdings soll diese Waffe nicht an die Ukraine geliefert werden – zumindest nicht aus US-Beständen. Doch dafür haben sich die USA bereits darum bemüht, dass die Slowakei der Ukraine ihre S-300 zur Verfügung stellt. Auch an die Türkei erfolgten Signale bezüglich der frisch erworbenen S-400, ein Nachfolgersystem der S-300. Indes will der NATO-Verbündete Slowakei eine Garantie, dass er "angemessenen Ersatz" erhält – und zwar bald. Eine Einigung zwischen den beiden Ländern steht noch aus, ebenso eine offizielle Stellungnahme der Türkei. Allerdings wertete zumindest der türkische Politologe Iqbal Durre gegenüber dem russischen Online-Nachrichtenportal News.ru diese Möglichkeit als schlicht ausgeschlossen. Vielmehr solle durch diesen von den USA erfolgten Vorstoß die Beziehung zwischen Russland und der Türkei verschlechtert werden – "zumindest auf diesem Niveau":

"Ein Ergebnis wird das Ganze nicht zeitigen – aber wenigstens Lärm machen."

Auch laut der von Reuters in diesem Zusammenhang eingeholten Expertenmeinungen sei die US-Initiative von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Dogu Perincek, der Leiter der türkischen linken Partei Vatan, wertete den US-Vorstoß schlicht als "Propaganda der US-Geheimdienste".

Ähnlich negativ fallen zumindest teilweise auch Nutzerkommentare in türkischen Online-Nachrichtenportalen aus. Auf Haber7 etwa führten Nutzer das Argument an, ein Überlassen ihrer S-400-Systeme an die Ukraine würde die Türkei selbst ohne Flugabwehr dastehen lassen. Auch mögliche wirtschaftliche Sanktionen von der russischen Seite gegen die Türkei werden befürchtet, nicht zuletzt in Bezug auf Lebensmittellieferungen aus Russland. Weitere Nutzer zeigten in Richtung Griechenland mit dem Hinweis, Athen möge doch bitte seine S-300-Systeme an die Ukraine liefern. Schließlich kam auch die Meinung zum Ausdruck, die Türkei spare ihre S-400-Flugabwehr auf. Für einen etwaigen Einsatz gegen ... die USA.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62399480b480cc7d2566c6a7.jpg>

12:40 (10:40) **novorosinform.org: Moskau forderte die USA auf, die Dämonisierung Russlands zu stoppen**

Der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow forderte den Westen auf, mit der Dämonisierung Russlands aufzuhören, schreibt RIA Novosti.

Auf dem Sender Russia 1 sagte der russische Diplomat, dass Washington „voll und ganz“ für die Folgen dessen verantwortlich sei, was passiert. Er fügte hinzu, dass das Vorgehen der amerikanischen Seite zu einem Abbruch der Beziehungen zu Moskau führen könne, woran er persönlich keinen Zweifel habe.

„Wir bestehen auf der Notwendigkeit, das Kommunikationsgenre zumindest in elementaren Aspekten zu normalisieren“, wurde Rjabkow von RIA Novosti zitiert.

Zuvor hatte das russische Außenministerium den US-Botschafter John Sullivan aufgefordert, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin eine Protestnote über die jüngsten inakzeptablen Äußerungen von US-Präsident Joseph Biden zu überreichen. Daran erinnern, dass der Leiter des Weißen Hauses Putin einen "Kriegsverbrecher" nannte.

Russische Diplomaten betonten, solche Äußerungen seien "eines Staatsmannes von so hohem Rang unwürdig". Darüber hinaus stehen sie laut Moskau kurz davor, die Beziehungen zwischen den Staaten abubrechen.



https://novorosinform.org/content/images/15/19/41519_720x405.jpg

12:42 (10:42) novorosinform.org: **Ein Militärkorrespondent kündigte die zweite Phase der Offensive der Spezialoperation in der Ukraine an**

Der Kriegsberichterstatte Juri Kotonok berichtete über die Bereitschaft der russischen Truppen an, die Offensive weiterzuentwickeln.

Die russische Armee schließt den Prozess der Rotation und Umgruppierung für die zweite Phase der Offensive gegen die Ukraine ab, ist sich Militärkorrespondent Juri Kotonok sicher. „Diese Woche beginnt die zweite Phase der Spezialoperation in der Ukraine. Die russische Armee rotiert, gruppiert sich neu, erhält neue Aufgaben, es wird neue Grenzen geben“, sagte er.

Gleichzeitig wies Kotonok auf das Problem des Mangels an Kräften zur Aufrechterhaltung der Ordnung in dem von Russland besetzten Gebiet hin. Dies ermögliche es der ukrainischen Propaganda, die Illusion von fiktiven Siegen zu schaffen und die eigene Bevölkerung zu täuschen.



https://novorosinform.org/content/images/15/21/41521_720x405.jpg

10:45 de.rt.com: **Russland erwägt Verbot von Uranexporten in die USA**

Die russische Regierung erwägt ein Verbot von Uranlieferungen in die USA als mögliche Reaktion auf Washingtons Embargo gegen russische Energieressourcen. Darauf wies der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak am Montag in einer Rede vor Parlamentariern und Reportern hin, als er Pläne zur Diversifizierung der russischen Exporte von Energieressourcen erörterte.

Angesprochen auf die Idee, die Uranexporte in die USA als mögliche "Gegensanktionsmaßnahme" zu stoppen, antwortete Nowak, dass diese Angelegenheit ebenfalls auf der Tagesordnung stehe und geprüft werde.

Zu den Auswirkungen der Sanktionen sagte der Vize-Regierungschef, dass das Embargo der USA und Großbritanniens gegen russische Energieressourcen keine großen Verluste für die russische Wirtschaft bedeuten würde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623957dfb480cc1cda369aac.jpg>

13:04 (11:04) **novorosinform.org: Ärzte von Donezk bitten um Hilfe mit Arzneimitteln**

In der Republik herrscht ein akuter Mangel an Insulin und anderen lebenswichtigen Medikamenten.

In dem von den DVR-Truppen befreiten Dorf Nikolskoje herrscht akuter Mangel an lebenswichtigen Medikamenten. Korrespondenten von RIA Novosti besuchten die evakuierten Bürger und sprachen mit Ärzten und medizinischem Personal.

Ein Arzt sprach von einer Frau, der von den Korrespondenten der Agentur geholfen wurde, ins Krankenhaus gebracht zu werden. Die Frau leidet an Diabetes, ihr Zustand gilt als ernst. „Wir haben nicht genug Medikamente, uns gehen einfache Insuline aus ..., Tropfen, Lösungen, nichts“, sagte der Arzt.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Situation für das gesamte Territorium der Republik charakteristisch sei, insbesondere für die Siedlungen, die von der ukrainischen Armee befreit werden.



https://novorosinform.org/content/images/15/22/41522_720x405.jpg

11:24 de.rt.com: **Weißrussland schließt Migrantenlager "Brusgi" an Grenze zu Polen**

Das provisorische Lager für Migranten aus Nahostländern an der weißrussisch-polnischen Grenze ist nun geschlossen. Nach Angaben des weißrussischen Grenzschutzes sind zuletzt knapp 100 Migranten nach Erbil zurückgekehrt. Der Rest verbleibt an anderen Zufluchtsorten. Weißrussland hat ein Migrantenlager an der Grenze zu Polen geschlossen. Wie das Staatliche Grenzschutzkomitee in Minsk am Dienstag mitteilte, seien die im Logistikzentrum "Brusgi" provisorisch untergebrachten Migranten aus vorwiegend Nahostländern in den Irak ausgeflogen oder bis zu ihrer Heimkehr an andere Zufluchtsorte in Weißrussland befördert worden. Nach Angaben der Behörde kehrten in der Nacht zum 22. März weitere 98 Migranten nach Erbil im Nordirak zurück. Zuletzt hielten sich im Camp "Brusgi" ungefähr 400 Ausländer auf. Der weißrussische Grenzschutz erklärte:

"Die Entscheidung der Flüchtlinge, in ihre Heimatländer zurückzukehren, ist weitgehend auf die Erkenntnis zurückzuführen, dass das weitere Warten sinnlos ist und dass die EU-Länder ihren Problemen gegenüber teilnahmslos sind."

Ende Mai 2021 hatte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko nach einem weiteren Sanktionspaket gegen sein Land erklärt, er werde der EU bei der Bekämpfung von Schleuserbanden nicht mehr helfen. Danach registrierten die baltischen Länder und Polen steigende Zahlen von Menschen aus nahöstlichen und nordafrikanischen Ländern, die sich über Weißrussland in die EU illegal absetzten. Die Migrationskrise spitzte sich im November 2021 gefährlich zu, als mehrere Tausend Migranten an die polnische Grenze kamen und trotz der Warnungen des polnischen Grenzschutzes versuchten, die Absperrungen zu durchbrechen. Dabei kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Versuche, die Grenze illegal zu passieren, dauerten bis Ende Februar 2022.

Polen und weitere EU-Staaten warfen Weißrussland vor, die Migrationskrise als Teil einer Kampagne der hybriden Kriegsführung absichtlich verursacht zu haben. Nach Angaben Brüssels habe Minsk zahlreiche Flüge aus Krisenländern wie dem Irak, Iran und Syrien organisiert, um verzweifelte Menschen an die Grenze zu Polen zu bringen und dadurch die EU unter Druck zu setzen. Minsk wies die Vorwürfe zurück und betonte dagegen, die EU selbst habe einen hybriden Krieg gegen Weißrussland entfesselt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62398f9648fbef113c19b249.jpg>

13:24 (11:24) novorosinform.org: **LVR-Armee nimmt an russischer Spezialoperation in der Ukraine teil – Pasetschnik**

Das Oberhaupt der LVR, Leonid Pasetschnik, erklärte, dass die Republik nicht aufhören werde, sich an der Sonderoperation der Russischen Föderation zu beteiligen, nachdem das Gebiet Luhansk von ukrainischen bewaffneten Verbänden geräumt worden sei.

Im Telegram-Kanal „Militärkorrespondenten des Russischen Frühlings“ wird unter Bezugnahme auf Leonid Pasechnik [mitgeteilt](#), dass die Volksmiliz der LVR auch nach der Befreiung des Gebiets Lugansk an der russischen Operation gegen die ukrainischen bewaffneten Verbände teilnehmen werde.



https://novorosinform.org/content/images/15/24/41524_720x405.jpg

11:25 de.rt.com: **Ungarn lehnt Sanktionen gegen Russland und Flugverbotszone in der Ukraine ab**

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hat am Montag nach einem Treffen mit weiteren EU-Mitgliedern in Brüssel Reportern erklärt, dass Budapest Sanktionen gegen russische Gas- und Ölfirmen wahrscheinlich nicht unterstützen werde, da sie den eigenen Interessen schaden könnten. Er sagte:

"Eine Einigung über mögliche EU-Sanktionen gegen russische Energielieferungen oder deren Unterbrechung wird höchstwahrscheinlich nicht zustande kommen."

"Wir werden keine Sanktionen unterstützen, die ein Risiko für die Energielieferungen nach Ungarn darstellen könnten."

"Einige Länder sind von russischen Energielieferungen abhängig. Wir machen das nicht zum Spaß. Die Energieversorgung ist keine philosophische oder ideologische Frage, sondern eine

physikalische, mathematische Frage."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623985a448fbef12dd3332e9.jpg>

13:41 (11:41) novorosinform.org: **Putin erhält alle Informationen über die Sonderoperation und die Verhandlungen mit der Ukraine – Peskow**

Der russische Präsident Wladimir Putin erhält ständig umfassende Informationen über die Durchführung der Sonderoperation und die Verhandlungen mit der Ukraine, sagte der Pressesprecher des Chefs der Russischen Föderation Dmitri Peskow, [berichtet](#) RIA Novosti. "Der Präsident arbeitet im Kreml ... es gibt regelmäßige Treffen, Konferenzen. Natürlich erhält er ständig Informationen sowohl durch den Verhandlungsprozess als auch durch die spezielle Militäroperation", sagte Peskow.

Er fügte hinzu, dass Russland seit langem Entwürfe von Dokumenten zum Verhandlungsprozess vorbereitet und der ukrainischen Seite übergeben habe, die Ukraine jedoch auf einige Punkte nicht reagiert habe.



https://novorosinform.org/content/images/15/25/41525_720x405.jpg

11:50 de.rt.com: **Russland: Friedensnobelpreisträger Muratow spendet seinen Nobelpreis an ukrainische Flüchtlinge**

Der Chefredakteur der Zeitung Nowaja Gazeta und Friedensnobelpreisträger Dmitri Muratow hat angekündigt, seinen Nobelpreis zu versteigern, um das erhaltene Geld an Flüchtlinge, verwundete und kranke Kinder zu überweisen, die dringend behandelt werden müssen. "Nowaja Gazeta und ich haben beschlossen, die Medaille des Friedensnobelpreises 2021 dem ukrainischen Flüchtlingsfonds zu spenden. Ich bitte die Auktionshäuser, die diese

weltberühmte Auszeichnung versteigern werden, sich zu melden", schrieb Muratow. Es gebe bereits über zehn Millionen Flüchtlinge. Außerdem müsse sofort ein Waffenstillstand ausgerufen werden. Es brauche einen Gefangenenaustausch, die Rückgabe der Toten, die Bereitstellung humanitärer Korridore sowie die Versorgung von Flüchtlingen.

Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor hatte die Nowaja Gaseta und weitere unabhängige Medien Ende Februar aufgefordert, Inhalte zu entfernen, in denen Russlands Militäreinsatz in der Ukraine als Krieg, Aggression oder Invasion bezeichnet wird.

Andernfalls drohten Bußgelder und die Auflösung der betroffenen Medien. Nowaja Gaseta teilte mit, sie werde ihre Arbeit "unter Militärzensur" fortsetzen und die Anforderungen der Behörden erfüllen.

Muratow bekam den Friedensnobelpreis im Dezember 2021 in Oslo verliehen. Der 60-Jährige äußert seine Meinung oft zu aktuellen Themen. So sprach sich der Journalist gegen die Politik Russlands auf der Krim aus und unterstützte die Proteste in Weißrussland. Vor kurzem warf er dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ein leichtfertiges Spiel mit atomaren Drohungen vor. "Der Oberkommandierende dreht am Nuklearknopf wie an einem Schlüsselbund eines teuren Autos", kritisierte Muratow.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6239a1d148fbef63113346f9.jpg>

nachmittags:

14:14 (12:14) novorosinform.org: **Russland bildet keine alternative Regierung in der Ukraine – Peskow**

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte, die russische Armee bilde auf dem Territorium der Ukraine keine reformierten oder alternativen Regierungsorgane.

Dmitri Peskow widersprach zuvor im Internet verbreiteten Informationen über eine mögliche Gründung der Volksrepublik Cherson. Er stellte fest, dass Russland in der Ukraine keine staatlichen Strukturen bilde und schaffen werde, die eine Alternative zu den offiziellen Behörden darstellen. Dies wird von „[Klymenko Time](#)“ gemeldet.

Der Kreml erwäge nicht die Möglichkeit, eine Struktur zu bilden, die an der Schaffung oder Reform lokaler Behörden in den befreiten Siedlungen der Ukraine beteiligt wäre, versicherte Peskow.



https://novorosinform.org/content/images/15/29/41529_720x405.jpg

12:15 de.rt.com: **Fluggesellschaften haben fast 800 Flugzeuge in die russische Registrierung überführt**

Russische Fluggesellschaften haben bereits fast 800 Flugzeuge in das russische Register übertragen. Das teilte der russische Verkehrsminister Witali Saweljew während einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik des russischen Föderationsrates mit.

Er wies auch darauf hin, dass russische Fluggesellschaften bisher 78 Flugzeuge verloren haben, die im Ausland beschlagnahmt wurden. Saweljew erklärte:

"Insgesamt waren 1.367 Flugzeuge von 111 Fluggesellschaften im Lande. Wir haben 78 Maschinen verloren, sie wurden auf Flügen beschlagnahmt."

Am 14. März unterzeichnete Präsident Wladimir Putin ein Gesetz über die Möglichkeit der Eintragung von Rechten an ausländischen Flugzeugen in das russische Register, die von russischen Unternehmen geleast werden. Die Ausstellung russischer Lufttüchtigkeitszeugnisse soll es den Fluggesellschaften ermöglichen, eine Flotte ausländischer Flugzeuge zu behalten und diese auf Inlandsstrecken einzusetzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6239a49d48fbef63c57c59a9.jpg>

12:25 de.rt.com: **Laut DVR ist fast die Hälfte von Mariupol befreit**

Die russischen Streitkräfte und Einheiten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik (DVR) haben fast die Hälfte von Mariupol befreit, sagte der Erste stellvertretende Informationsminister der DVR Daniil Bessonow in einer Sendung des russischen Ersten

Kanals.

Bessonow fügte hinzu, dass die ukrainischen Streitkräfte in Mariupol schwere Verluste erlitten hätten, wobei er darauf hinwies, dass auch die DVR-Kräfte Verluste erlitten hätten. Berichten russischer Medien zufolge haben sich die Einheiten der ukrainischen Nationalistenverbände (Asow, Aidar, Donbass - Anm. der Redaktion) auf dem Gelände des großen Industrierwerkes [Asow-Stahl](#) und im Zentrum der Stadt verschanzt. Es seien dort bis zu 7.000 Kämpfer noch Einsatz.

Die Lage der Zivilisten in der Stadt bleibt nach wie vor katastrophal. Laut russischem Verteidigungsministerium [befinden sich](#) noch bis zu 130.000 Einwohner in der Stadt quasi "in Geiselhaft" der Nationalisten. Eine Evakuierung werde verhindert, fliehende Menschen würden erschossen. 62.000 Einwohner seien dagegen bereits als Flüchtlinge in Russland angekommen.

In den russischen Medien berichten die Evakuierten vom Leid. Demnach würden Wohnhäuser und zivile Einrichtungen von Nationalisten beschossen. Die Menschen berichten von vielen Toten, die ohne Bergung oder Bestattung auf den Straßen liegen. "Für Asow-Leute waren wir wie Kanonenfutter, ein lebender Schild, sie schossen mit ihren Panzern und Maschinengewehren von unseren Höfen aus. Ich kann mit Sicherheit sagen, dass 85 Prozent der Schäden in der Stadt von Asow-Leuten zugefügt wurden", sagte eine evakuierte Frau aus Mariupol im russischen Sender Rossija 1.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62399e63b480cc7b85190d50.jpg>

12:26 de.rt.com: **Ölpreise steigen: Saudi-Arabien weist Verantwortung für Engpässe bei Ölversorgung von sich**

Die saudische Regierung erklärte, dass das Königreich angesichts der Angriffe auf Ölanlagen keine Verantwortung für Engpässe bei der Ölversorgung trägt. Die ungewöhnlich scharfe Warnung markiert eine Abkehr von den normalerweise vorsichtigen Äußerungen des riesigen Ölproduzenten.

Saudi-Arabien als weltgrößter Ölexporteur erklärte am Montag, dass es keine Verantwortung für einen Mangel an globalen Ölvorräten übernehmen werde, nachdem die Huthi-Bewegung im Jemen erneut am 19. März Ölanlagen in Saudi-Arabien mit mehreren bewaffneten Drohnen und einer ballistischen Rakete angegriffen hatte.

Die ungewöhnlich scharfe Warnung markiert eine Abkehr von den normalerweise vorsichtigen Äußerungen des riesigen Ölproduzenten, da sich die saudischen Offiziellen weiterhin bewusst sind, dass selbst ihre kleinsten Kommentare den Ölpreis in die Höhe treiben und die globalen Märkte erschüttern könnten.

Die Erklärung der saudischen Regierung erfolgte, nachdem das Königreich mit der OPEC und

anderen Öl produzierenden Ländern ein Abkommen geschmiedet hatte, wonach die Anhebung der Öl-Produktion begrenzt bleibt. Und zuletzt bekräftigte auch der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, dass sie sich an die Förderquoten der von der OPEC+ genannten Ölproduzenten halten werden. Diesem Kreis gehört auch Russland an. Bislang haben sich die Ölproduzenten aus dem arabischen Golf dem Druck der Biden-Regierung widersetzt, im Zuge des Ukraine-Kriegs mehr Rohöl zur Senkung der Ölpreise zu pumpen. Die Ölpreise haben Berichten zufolge am Montag an die Kursgewinne der vergangenen Handelstage angeknüpft und sind stark gestiegen. Am späten Nachmittag kostete ein Barrel (159 Liter) der Nordseesorte Brent 114,72 US-Dollar. Das waren 6,79 Dollar mehr als am Freitag. Der Preis für ein Fass der US-Sorte West Texas Intermediate (WTI) sprang um 5,75 Dollar auf 110,45 Dollar nach oben.

Die Huthi hatten am Wochenende mehrere Ziele in Saudi-Arabien angegriffen. Saudische Staatsmedien berichteten von einem Trommelfeuer von Drohnen- und Raketenangriffen. Die Militärkoalition unter saudischer Führung erklärte diesbezüglich, dass eine Flüssigerdgasanlage des Ölkonzerns Aramco am Hafen Yanbu am Roten Meer auch beschossen worden sei.

Das Ausmaß der Gesamtschäden an den Ölanlagen blieb erst einmal unklar. Das saudische Energieministerium räumte einen vorübergehenden Rückgang der Ölförderung am Standort Yanbu mit 400.000 Barrel pro Tag ein, ohne näher darauf einzugehen.

Satellitenaufnahmen zeigen das Ausmaß des jüngsten Huthi-Angriffs auf die Ölanlagen. Die Nachrichtenagentur AP gelangte am Dienstag in den Besitz der Aufnahmen der Planet Labs PBC, auf denen die Schäden an der North Jeddah Bulk Plant (Aramco) zu sehen sind.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6239a8bd48fbef63c57c59b3.jpg>

(Auf diesem Satellitenfoto von Planet Labs PBC sind Schäden nach einem Angriff der jemenitischen Huthi auf der North Jeddah Bulk Plant (Aramco) zu sehen. Planet Labs PBC / AFP)

Der Angriff vom Sonntag hat die Frage nach der Fähigkeit des Königreichs, sich gegen das Feuer der Huthi zu verteidigen, erneut aufgeworfen. Die USA sollen in den letzten Wochen zahlreiche Patriot-Batterien nach Saudi-Arabien verlegt haben, obwohl sie zuvor mit deren Abzug begonnen hatten. Die Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien sind seit dem Amtsantritt Joe Bidens angespannt. Der US-Präsident weigert sich seither, direkt mit Kronprinz Mohammed bin Salman zu verhandeln, während er die Huthi von der schwarzen Liste strich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6239a23cb480cc75ca522e83.jpg>

12:46 de.rt.com: **Moskauer Gericht spricht Alexei Nawalny schuldig**

Ein Moskauer Gericht hat den russischen Oppositionellen Alexei Nawalny am Dienstag wegen Betrugs in besonders großem Ausmaß und Beleidigung einer Richterin schuldig gesprochen. Das Strafmaß für den 45-Jährigen wird noch bekannt gegeben. Die Staatsanwaltschaft hatte 13 Jahre Gefängnis gefordert.

Ein Moskauer Gericht hat den inhaftierten Kremlgegner Alexei Nawalny schuldig gesprochen. Nach Ansicht der Justiz habe der Oppositionelle einen Teil der Spenden für seine inzwischen verbotene Anti-Korruptionsstiftung FBK "für persönliche Zwecke" verwendet. Außerdem habe er Prozessbeteiligte in einem früheren Gerichtsverfahren beleidigt. Nawalyns Anwälte forderten einen Freispruch.

Die Anhörung begann Mitte Februar. Nawalny wurde per Videoschalte aus einem Straflager in Pokrow zugeschaltet, wo er derzeit seine Haftstrafe verbüßt.

"Falls Nawalny für schuldig befunden wird, wird er zum 'Wiederholungstäter'. Damit könnte er in ein Hochsicherheitsgefängnis mit strengeren Bedingungen viel weiter von Moskau entfernt verlegt werden. Es wird praktisch unmöglich sein, mit Alexei in Kontakt zu bleiben", schrieb seine Sprecherin Kira Jarmysch auf Twitter.

Das Team des Kreml-Gegners sieht das Vorgehen der russischen Justiz als weiteren Versuch, Nawalny mundtot zu machen. "Wir haben gesagt, dass Putin Nawalny für immer im Gefängnis halten will", sagte die Sprecherin des Oppositionellen, Kira Jarmysch.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62397b5eb480cc1cda369ac1.jpg>

12:50 de.rt.com: **Malaysia und Vietnam lehnen Sanktionen gegen Russland ab**

Malaysia und Vietnam haben sich geweigert, die antirussischen Sanktionen des Westens zu

unterstützen. Sie bekundeten, dass sie in der Ukraine-Krise neutral bleiben wollen. Dies verkündete der malaysische Premierminister Ismail Sabri Yaakob am Dienstag nach einem Besuch in Hanoi. Die Nachrichtenagentur Bernama zitierte ihn wie folgt:

"Wir haben den Russland-Ukraine-Konflikt erörtert und uns darauf geeinigt, dass Malaysia und Vietnam in dieser Frage Neutralität wahren werden."

"Was die Sanktionen gegen Russland betrifft, so lehnen wir sie ab."

13:01 de.rt.com: **Russische Luftstreitkräfte zerstören über Nacht 137 militärische Einrichtungen in der Ukraine**

Die russische Luftwaffe hat über Nacht 137 militärische Einrichtungen in der Ukraine zerstört, darunter sechs Kommandoposten und Kommunikationszentren. Diese Daten wurden am Dienstag vom Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalmajor Igor Konaschenkow bekannt gegeben. Er erklärte wörtlich:

"Im Laufe des Tages wurden 137 ukrainische Militäreinrichtungen durch operativ-taktische und militärische Luftangriffe getroffen. Darunter befinden sich sechs Kommandoposten und Kommunikationszentren, zwei Mehrfachraketenwerfer, ein Boden-Luft-Raketensystem, acht Depots für Raketen- und Artilleriewaffen und Munition sowie 101 Standorte für die Ansammlung von militärischem Gerät."

Darüber hinaus haben die russischen Streitkräfte seit Beginn der militärischen Sonderoperation unter anderem 230 Drohnen und 181 Flugabwehrraketensysteme der Ukraine zerstört.

"Seit Beginn der militärischen Sonderoperation wurden insgesamt 230 Drohnen, 181 Flugabwehrraketensysteme, 1.528 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 154 Mehrfachraketenwerfer, 602 Feldartillerie- und Mörsergeschütze sowie 1.312 militärische Spezialfahrzeuge zerstört."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6239b6afb480cc7c7c66b097.jpg>

15:04 (13:04) novorosinform: **Kiewer Behörden behaupten, sie hätten 159 mutmaßliche „russische Spione“ gefasst**

Nach Angaben des Leiters der Territorialverteidigung der Region Kiew, Igor Sabij, seien 159 Personen festgenommen worden, die verdächtigt werden, Informationen über den Einsatz der Streitkräfte der Ukraine und Kontrollpunkte an die russische Seite weitergeben zu haben.

Wie die spanische Publikation „Espresso“ unter Berufung auf Sabij schreibt, hätten ukrainische Nationalisten „159 Spione aus 14 Sabotage- und Aufklärungsgruppen“ gefasst.

Sabij selbst betonte, dass „die Säuberungsaktionen gut vorankommen“ und fortgesetzt würden. Ihm zufolge holen ukrainische Radikale „jetzt nach“, was „in Friedenszeiten“ nicht getan wurde.

Der Nationalist fügte hinzu, dass Informationen über den Einsatz ukrainischer Streitkräfte und Kontrollpunkte nicht an das russische Militär „durchgesickert“ wären, wenn sie solche Personen bereits vor der Spezialoperation „identifiziert und neutralisiert“ hätten.

Wie der ukrainische Abgeordnete Ilja Kiwa, dem sein Mandat in der Ukraine entzogen wurde, zuvor sagte, erschießen Kämpfer der Territorialverteidigung in der ukrainischen Hauptstadt Menschen direkt auf der Straße. Er stellte klar, dass es sich um Dutzende getöteter ukrainischer Bürger handelt, schreibt [RIA Novosti](https://ria.ru/).



https://novorosinform.org/content/images/15/33/41533_720x405.jpg

13:05 de.rt.com: **US-Präsident Biden: "Es wird eine neue Weltordnung geben"**

Während einer Rede am Montag in Washington machte US-Präsident Joe Biden eine Äußerung, die im Anschluss für viele Spekulationen sorgte. Es werde eine "neue Weltordnung geben, und die Vereinigten Staaten müssten diese anführen", so der 46. Präsident der USA. US-Präsident Joe Biden sorgte am Montag für Aufsehen, als er von einer "neuen Weltordnung" sprach, die gerade im Entstehen sei. Er fügte hinzu, dass es Aufgabe der USA sei, diese "neue Weltordnung" anzuführen. Dafür müssten die Vereinigten Staaten "den Rest der freien Welt vereinen".

In seiner Rede auf dem vierteljährlichen CEO-Treffen des sogenannten "Business Roundtable" führte Biden weiter aus, dass die Welt sich an einem "Wendepunkt" befinde, der "alle drei oder vier Generationen" auftrete. Es liege an den USA, das Ergebnis dieser Entwicklung zu bestimmen. Biden sagte:

"Wie mir einer unserer führenden Militärs neulich in einer Sicherheitssitzung sagte, starben 60 Millionen Menschen zwischen 1900 und 1946, und seitdem haben wir eine liberale Weltordnung geschaffen, wie es sie schon lange nicht mehr gegeben hat."

Dann ergänzte er:

"Es gab viele Tote, aber nicht annähernd so viel Chaos, und jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem sich die Dinge ändern."

Die Bemerkung erregte sowohl in den USA als auch weltweit Aufsehen und führte dazu, dass die "neue Weltordnung" am Montag zu einem der Top-Themen auf Twitter wurde. Der Begriff "neue Weltordnung" wird seit jeher verwendet, um eine Ära großer globaler Veränderungen zu bezeichnen. Er wurde von Politikern wie dem ehemaligen US-Präsidenten George H. W. Bush, dem ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger und dem ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair verwendet.

Seit Jahrzehnten ist der Begriff jedoch auch Gegenstand einer großen Verschwörungstheorie, die ein geheimes, elitäres Komplott zur Bildung einer unterdrückerischen Weltregierung behauptet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6239a49e48fbef61ff122809.jpg>

15:07 (13:07) novorosinform.org: **Die Entminung des Territoriums der Republik kann Jahrzehnte dauern - Ministerium für Notsituationen der DVR**

Der Leiter des Ministeriums für Notsituationen der DVR, Aleksej Kostrubizkij, sagte, dass ukrainische bewaffnete Formationen soziale Einrichtungen, Wasserversorgungseinheiten, Transformatoren und Straßen vermint haben.

Kostrubizkij sprach darüber in der Sendung des „Ersten Kanals“, informiert RIA Novosti.

„Ja, es gibt viel Arbeit. Es wird mehr als ein Jahrzehnt dauern. Der Grund: (das ukrainische Militär) vermint Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, Umspannwerke, Wasserversorgungseinheiten, gewöhnliche Straßen, auf denen sich Fahrzeuge bewegen“, sagte Kostrubizkij.

Er bemerkte auch, dass die Streitkräfte der Ukraine überall gesellschaftlich wichtige Objekte in die Luft sprengten.

Ungeachtet dessen hätten die Mitarbeiter des DVR-Notfallministeriums, insbesondere die Pyrotechniker, die Arbeit bisher bewältigt, aber sie müssten ihre Aufgaben praktisch rund um die Uhr erfüllen.



https://novorosinform.org/content/images/15/34/41534_720x405.jpg

15:21 (13:21) novorosinform.org: **Peskow äußerte sich zu Selenskyjs Initiative zu einem gesamtukrainischen Referendum**

Laut dem Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, Dmitri Peskow, ziehe Kiew den Verhandlungsprozess durch die Erörterung innerstaatlicher Verfahren

in die Länge, berichtet RIA Novosti.

Peskow merkte an, dass die Ukraine ein souveräner Staat sei und innenpolitische Fragen erörtern könne, es aber einen Verhandlungsprozess mit Russland gebe, der nicht verzögert werden sollte.

„Wir sind überzeugt, dass derzeit öffentliche Vorschläge zur Lösung des Konflikts dem Verhandlungsprozess nur schaden können, der ohnehin viel langsamer und weniger sinnvoll verläuft, als wir es uns wünschen würden“, sagte er.

Peskow fügte hinzu, dass die Delegation der Russischen Föderation alle Befugnisse und den politischen Willen des russischen Präsidenten erhalten habe.



https://novorosinform.org/content/images/15/35/41535_720x405.jpg

15:25 (13:25) novorosinform.org: **Ukrainische Nationalisten planen einen Putsch – Kiwa**
Der frühere Abgeordnete der Werchowyna Rada der Ukraine, Ilja Kiwa, kündigte an, dass in zwei Wochen ein Putschversuch in Kiew durchgeführt werden solle.

Laut der Seite Ukraina.ru sagte Ilja Kiwa einen Putschversuch in Kiew in zwei Wochen voraus. Der Politiker stellte fest, dass der Sturz des derzeitigen Kiewer Regimes von den Führern der ukrainischen nationalistischen Bewegungen und nationalen Bataillone geplant werde.

Der ukrainische Oppositionspolitiker betonte auch, dass der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, an einer Verschwörung gegen das Regime des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij beteiligt sei.



https://novorosinform.org/content/images/15/36/41536_720x405.jpg

13:30 de.rt.com: **Wang: China und islamische Welt haben großes Potenzial für weitere**

Zusammenarbeit

Chinas Außenminister Wang Yi beteiligte sich an dem Außenministerrat der Organisation für Islamische Zusammenarbeit. Für Peking seien die Beziehungen zur islamischen Welt ein wichtiger Teil der Süd-Süd-Kooperation.

Chinas Außenminister Wang Yi hat am Montag erklärt, dass sein Land und die islamische Welt den starken Wunsch hätten, Partnerschaften für Einheit, Gerechtigkeit und Entwicklung aufzubauen, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

Während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem pakistanischen Außenminister Shah Mahmood Qureshi wies Wang darauf hin, dass er zum ersten Mal in seiner Eigenschaft als chinesischer Außenminister an einer Tagung des Außenministerrats der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIZ) in Islamabad teilnehme.

Seine Anwesenheit bei der OIZ-Veranstaltung spiegle den starken Wunsch Chinas und der islamischen Welt wider, ihre Zusammenarbeit weiter zu vertiefen. Das Thema des OIZ-Außenministertreffens, nämlich der "Aufbau von Partnerschaften für Einheit, Gerechtigkeit und Entwicklung", sei unter den gegenwärtigen internationalen Umständen von besonderer Bedeutung.

China und die islamische Welt blicken laut Wang auf eine lange Geschichte zurück, streben nach ähnlichen Werten und verfügen über eine gemeinsame historische Mission. Chinas Topdiplomate fügte hinzu, dass China bereit sei, mit den islamischen Ländern Partnerschaften zur gegenseitigen Unterstützung und zum gegenseitigen Verständnis aufzubauen.

Wang bekräftigte, dass die Zusammenarbeit zwischen China und der islamischen Welt ein wichtiger Teil der Süd-Süd-Kooperation sei.

Angesichts großer Veränderungen auf der internationalen Bühne und der Corona-Pandemie sei es notwendig, dass China und die islamische Welt eine engere Einheit und einen gemeinsamen Standpunkt bilden, mit einer Stimme sprechen und ihre gemeinsamen Interessen wahren, so der chinesische Außenminister.

Wang wies darauf hin, dass die gegenwärtige Welt weit davon entfernt sei, ruhig zu sein. Das internationale System und die grundlegenden Normen, die die internationalen Beziehungen regeln, stünden vor großen Herausforderungen.

Peking sei bereit, mit der islamischen Welt zusammenzuarbeiten, um den Multilateralismus zu fördern, die Unabhängigkeit und die nationale Würde aller Staaten zu schützen, die Ziele und Grundsätze der UN-Charta zu wahren und Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen aufrechtzuerhalten, so Wang.

Er unterstrich das enorme Potenzial und die komplementären Vorteile der Zusammenarbeit zwischen China und den islamischen Ländern. Chinas Topdiplomate erklärte, dass China bereit sei, gemeinsam mit den Freunden der islamischen Welt einen angemessenen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung und zum Wachstum der Welt zu leisten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623997ccb480cc7c7436f2e5.jpg>

13:34 de.rt.com: **Russland-Sanktionen treffen Klimaforschung hart**

Die westlichen Sanktionen gegen Russland infolge des Ukraine-Krieges treffen offenbar auch die Klimaforschung hart. Die Direktorin Antje Boetius des Alfred-Wegener-Instituts in Bremerhaven hat der Deutschen Presse-Agentur (dpa) mitgeteilt, ihr Forschungszentrum müsse leider die Beobachtungsreihen aussetzen. Dabei hob sie hervor, Klima- und Umweltdaten seien kritisch für die gesamte Menschheit, für sie sei eine internationale Zusammenarbeit wichtig:

"Gerade die sibirische Arktis mit ihren Hitzewellen im Sommer ist die Region, wo wir hinschauen müssen."

Boetius zufolge müssten dort jetzt Geräte ausgetauscht werden. Das sei nun aber gestoppt. Die Wissenschaftlerin selbst wollte in einigen Wochen nach Nowosibirsk reisen, auch das sei nun abgesagt.

Inzwischen wurden in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Auswärtigen Amt neue Regeln zur weiteren Zusammenarbeit mit der russischen Seite getroffen. Die dpa zitierte Boetius mit den Worten:

"Ein Verbot des gemeinsamen Denkens auf Basis einer nationalen Zugehörigkeit kennt die Wissenschaft nicht. Der Boykott richtet sich gegen das Regime und seine Institutionen, nicht gegen die Zivilgesellschaft und damit auch nicht gegen russische Forschende."

Entlang dieser Regelungen dürften einzelne Projekte durchaus fortgesetzt werden. Auch Publikationen unter russischer Beteiligung dürften weiterhin veröffentlicht werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6239afc448fbef63363ba24d.jpg>

15:52 (13:52) novorosinform.org: **„Wenn ich gehe, sterbe ich“: Französische Söldner verlieren die Lust, für die Ukraine zu kämpfen**

Angriffe der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte auf die Ausbildungszentren der ukrainischen „Fremdenlegion“ haben die Moral der französischen Söldner ernsthaft untergraben, berichtet France 24.

Wie RIA Novosti unter Berufung auf auf France 24 [meldet](#), wurden die europäischen Söldner durch die Angriffe der russischen Armee auf die Ausbildungszentren für Ausländer, die zum Kampf in die Ukraine kamen, in Jaworow und Riwna demoralisiert. Es wird darauf hingewiesen, dass die französischen "Glückssoldaten" bereits von ihrer Absicht geheilt sind, gegen die RF-Streitkräfte zu kämpfen.

„Ich habe den Eindruck, wenn ich gehe, werde ich vergebens gehen, ich werde gleich am Anfang sterben und es wird nutzlos sein“, sagte einer der Söldner gegenüber Reportern.



https://novorosinform.org/content/images/15/40/41540_720x405.jpg

15:54 (13:54) novorosinform.org: **In Rumänien wurden Gräber sowjetischer Soldaten geschändet**

Die Polizei des Kreises Iasi kündigte die Einleitung eines Strafverfahrens wegen der Entweihung der Gräber sowjetischer Soldaten durch Vandalen in der rumänischen Gemeinde Mocka an.

Dies wurde vom Pressedienst der örtlichen Polizei mitgeteilt, [berichtet](#) RIA Novosti unter Berufung auf den [Fernsehsender Bit](#).

„Am 21. März erhielt die Polizeidienststelle der Polizei Nr. 6 eine Nachricht, dass die Grabsteine auf dem Gedenkfriedhof in der Gemeinde Mocka mit Farbinschriften beschmiert wurden. Ein Strafverfahren wurde eröffnet“, teilte die Polizei in einer Erklärung mit. Die Website des Senders veröffentlichte Fotos vom Tatort, die zeigen, dass die Vandalen die Aufschrift „Ewiger Ruhm den sowjetischen Soldaten, die im Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit der Sowjetunion gefallen sind“ auf dem Gedenkobelisken verdeckten. Außerdem sind auf den Grabsteinen die Buchstaben Z und V. Es wird darauf hingewiesen, dass auf diesem Gedenkfriedhof sowjetische Soldaten begraben sind, die Rumänien 1944 befreit haben.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/16/1779462820_0:25:800:475_1280x0_80_0_0_4c1c1f96e6d469a7b756756d6f63c2a3.jpg

14:03 de.rt.com: **Israel eröffnet Feldkrankenhaus im Westen der Ukraine**

Israel hat ein Feldkrankenhaus in Mostiska im Westen der Ukraine eröffnet. Das 66-Betten-

Lazarett soll von insgesamt 65 Ärzten und Pflegekräften aus ganz Israel betrieben werden. Nach Angaben des verantwortlichen Chaim Sheba Medical Center aus der Nähe von Tel Aviv kann die medizinische Einrichtung bis zu 150 Patienten gleichzeitig versorgen. Für den Aufbau und den Betrieb des Lazaretts bis Mitte April sind demnach umgerechnet knapp 5,9 Millionen Euro veranschlagt.

Das Lazarett mit dem Namen "Leuchtender Stern" soll Flüchtlingen nahe der Grenze zu Polen helfen. Es besteht unter anderem aus einer Notaufnahme sowie Abteilungen für Männer, Frauen und Kinder. Entbindungen sollen möglich sein, und es soll ein Angebot für Telemedizin sowie psychologische Betreuung geben, weiter ein Labor und eine Apotheke. Ein großer Teil des medizinischen Personals habe ukrainische Wurzeln, laut Angaben des Leiters Joel Har-Even.

16:05 (14:05) novorosinform.org: **Medwedew sprach von einem möglichen Anstieg der Zahl der in Russland ankommenden Radikalen**

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, forderte eine gründlichere Kontrolle der Menschen, die aus der Ukraine und anderen Staaten ins Land einreisen, berichtet RIA Novosti.

„Die Zahl der radikalen Elemente, die in unser Land kommen, sowohl aus dem Territorium der Ukraine als auch aus dem Territorium anderer Nachbarstaaten, könnte tatsächlich zunehmen“, sagte Medwedew.

Er wies auch auf die Bedeutung einer gründlichen Überprüfung aller Personen hin, die jetzt in Russland ankommen. ...



https://novorosinform.org/content/images/15/43/41543_720x405.jpg

16:19 (14:19) novorosinform.org: **Nawalny zu neun Jahren Gefängnis verurteilt**

Das Bezirksgericht Lefortowskij in Moskau hat den Politiker Alexej Nawalny wegen Betrugs und Beleidigung des Gerichts zu neun Jahren Haft in einer Kolonie des strengen Regimes verurteilt.

Nawalnys Urteil wurde von Richterin Margarita Kotowa verkündet.

"Die Strafe beträgt 9 Jahre ... strenges Regime. Eine Geldstrafe von 1,2 Millionen Rubel ... 1,5 Jahre Gefängnis", zitierte RIA Novosti sie.

Anwälte des Politikers sagten, sie beabsichtigen, gegen diese Gerichtsentscheidung Berufung einzulegen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Staatsanwaltschaft für Nawalny 13 Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von 1,2 Millionen Rubel beantragt hat. Darüber hinaus forderte die Staatsanwaltschaft, das Regime der Kolonie von allgemein auf streng zu ändern.



https://novorosinform.org/content/images/15/45/41545_720x405.jpg

16:26 (14:26) novorosinform.org: **Der Föderationsrat wird sich an der Untersuchung des Falls von US-Labors in der Ukraine beteiligen**

Der Föderationsrat wird an einer von der Staatsduma eingeleiteten parlamentarischen Untersuchung zur Arbeit amerikanischer Labors teilnehmen, erklärte Andrej Klischas, der Vorsitzende des Ausschusses des Föderationsrates für Verfassungsgesetzgebung. Er schrieb darüber in einem Beitrag auf Telegram. Zuvor hatten Abgeordnete der Staatsduma eine parlamentarische Sonderkommission eingesetzt, um die Aktivitäten amerikanischer biologischer Laboratorien in der Ukraine zu untersuchen.

Laut Wassilis Nebensja, Russlands ständigem Vertreter bei den Vereinten Nationen, haben Kiew und Washington die Konvention verletzt, die Ländern den Besitz biologischer und Toxinwaffen verbietet.

Nach Angaben des russischen Militärs haben die Vereinigten Staaten etwa 200 Millionen Dollar in diese Labors investiert, die Teil des militärisch-biologischen Programms des Pentagon sind. Es gehe dabei darum, Krankheitserreger von Milzbrand und Pest zu untersuchen.



https://novorosinform.org/content/images/15/46/41546_720x405.jpg

16:46 (14:46) novorosinform.org: **Die Ereignisse in der Ukraine zeigten das Vorhandensein von zweierlei Maß in der Welt - der türkische Außenminister**

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu sagte, dass die laufenden Ereignisse in der Ukraine eine unterschiedliche Haltung gegenüber Konflikten in verschiedenen Regionen der Welt und das Vorhandensein von zweierlei Maß bei ihrer Bewertung zeigten.

Er sagte dies während seiner Rede während eines Treffens der Außenminister der

Mitgliedsländer der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), das in Islamabad stattfand, teilte RIA Novosti mit.

„Der Krieg in der Ukraine hat wieder einmal gezeigt, dass in der Welt mit zweierlei Maß gemessen wird. Es ist inakzeptabel, zwischen Blutvergießen in verschiedenen Regionen der Welt zu unterscheiden“, sagte Mevlüt Cavusoglu.

Der Minister stellte fest, dass einige versuchten, die Ereignisse in der Ukraine mit dem Nahen Osten oder mit dem Konflikt in Afghanistan zu vergleichen. Dagegen sei der Tod von Menschen in jedem Land für die Türkei gleichwertig und tragisch, fügte Cavusoglu hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/15/48/41548_720x405.jpg

17:05 (15:05) novorosinform.org: **In Russland soll eine Kommission zur Schadensbewertung in LVR und DVR gegründet werden**

Das nach Lichatschew benannte Russische Forschungsinstitut für Kultur- und Naturerbe schlug vor, eine Sonderkommission einzurichten, die die Schäden ermitteln soll, die dem Kulturerbe in den Gebieten der DVR und LVR sowie der Ukraine zugefügt wurden, berichtet TASS.

„Die Außerordentliche Staatliche Kommission zur Feststellung des Schadens, der dem Kulturerbe und den Kultureinrichtungen auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk, der Volksrepublik Luhansk und der Ukraine zugefügt wurde, wird eine objektive und umfassende Untersuchung, Bewertung und Dokumentation aller Tatsachen der Schadensverursachung durchführen Kulturerbe der russischen und ukrainischen Völker“, heißt es in der Mitteilung. Es wird darauf hingewiesen, dass während des Sondereinsatzes in der Ukraine zahlreiche Kulturgüter gefährdet sein können, insbesondere durch das Vorgehen des ukrainischen Militärs, das Zivilisten als „menschlichen Schutzschild“ einsetzt. Darüber hinaus bestehe auf dem Territorium der Ukraine eine ernsthafte Gefahr der Zerstörung einer Vielzahl von kulturellen und zivilen Objekten.

„Eine tragische Bestätigung dafür ist die jüngste Sprengung des Gebäudes des Donezker Akademischen Regionalen Dramatheaters in Mariupol durch die ukrainischen Nazis“, heißt es in dem Appell an den Präsidenten der Russischen Föderation.



https://novorosinform.org/content/images/15/51/41551_720x405.jpg

15:28 de.rt.com: **Prorussischer YouTube-Blogger mit Millionenpublikum in Lettland verhaftet**

Ein Blogger aus Riga berichtet über die russische Militäroperation in der Ukraine aus der russischen Perspektive. Das ist aus Sicht der lettischen Behörden ein Straftatbestand. Der Blogger wird nun seit sechs Tagen vom Staatssicherheitsdienst festgehalten.

Der russischsprachige Video-Blogger Kirill Fedorow wurde von lettischen Strafverfolgungsbeamten in Riga festgenommen. Dies berichtete am 21. März der Telegram-Kanal "Kriege, Geschichte, Waffen", der mit Fedorows Projekten verbunden ist. Seit neun Jahren betreibt dieser den populären YouTube-Kanal "Geschichte der Waffen". Der letzte Beitrag auf dem Kanal wurde am 16. März veröffentlicht.

Nach Angaben seiner Mitstreiter brachen lettische Ordnungskräfte am 17. März um 21 Uhr in die Wohnung des Bloggers ein. Sie führten eine "brutale Festnahme" durch und begannen mit einer Durchsuchung, woraufhin Fedorow in die vorübergehende Hafteinrichtung des lettischen Staatssicherheitsdienstes (SSB) gebracht wurde.

Seit Beginn der russischen Spezialoperation in der Ukraine berichtet Fedorow ausführlich über deren Entwicklung. Sein Kanal hat 515.000 Abonnenten, einige seiner Videos werden millionenfach angeklickt. Aus seinen prorussischen Ansichten macht der Blogger keinen Hehl, was ihm im EU- und NATO-Staat Lettland nun offenbar zum Verhängnis wurde. Zur Last gelegt werden ihm Artikel 74 ("Rechtfertigung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen gegen den Frieden und Kriegsverbrechen") und Artikel 78 ("Aufstachelung zu nationalem, ethnischem und rassischem Hass") des lettischen Strafgesetzbuchs.

"Kirill wird unter Bedingungen festgehalten, die an Menschenfeindlichkeit grenzen, er wird sechs Stunden lang verhört, ohne Rücksicht auf den physischen und moralischen Zustand des Gefangenen (...). Kirill ist erschöpft und ausgelaugt", heißt es in dem Bericht.

Die Verhaftung sei "ungeheuerlich" und "inquisitorisch". "Die Medien können und sollten nicht staatlicher Verfolgung, Druck und Verhaftungen ausgesetzt sein, die die Menschenrechte und die Redefreiheit verletzen, auf denen die gesamte europäische Zivilisation aufgebaut ist". Nach Angaben russischer Medien wird Fedorow außerdem vorgeworfen, mit dem russischen Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Er sei lettischer Staatsbürger und habe nach Russland auswandern wollen. Als er verhaftet wurde, habe er bereits einen Reiseticket gehabt. Die lettischen Behörden hätten dies gewusst, ihn aber nicht ausreisen lassen. Er habe seit Beginn der russischen Sonderoperation regelmäßig Drohungen erhalten, auch seine Verwandten in Lettland stünden unter Druck. Darüber hinaus sei am Montag in Riga ein weiterer Administrator des Kanals "Geschichte der Waffen" mit dem gleichen Vorwurf festgenommen worden.

Die Vertrauten des Bloggers riefen in ihrer Erklärung das russische Außenministerium und

dessen Sprecherin Maria Sacharowa dazu auf, sich für Fedorow einzusetzen. Der SSB und die lettische Staatspolizei äußerten sich laut dem russischen Portal rubaltics.ru noch nicht zu der Verhaftung des Bloggers.

Am Dienstagnachmittag nahm das russische Außenministerium zum Fall Fedorow Stellung: "Wir sind empört über einen weiteren Fall der eklatanten Verletzung grundlegender Menschenrechte in Lettland, wo der bekannte Internet-Blogger Kirill Fedorow kürzlich wegen seiner Einschätzungen der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine festgenommen wurde."

In der ausbleibenden Reaktion der europäischen Menschenrechtsstrukturen zu den Menschenrechtsverletzungen in den baltischen Staaten sieht die russische Behörde den Ausdruck eines Schweigekomplots.

"Wir fordern die sofortige Freilassung des unabhängigen Experten Kirill Fedorow und ein Ende der Gesetzlosigkeit. Auch die Journalistengemeinschaft muss sich zu dem Fall äußern." Seit dem 24. Februar führt das russische Militär auf dem Territorium der Ukraine eine Operation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung und zum Schutz der Donbass-Republiken durch. Russland gibt an, nur gegen militärische Ziele zu kämpfen, und bietet der Zivilbevölkerung in den umkämpften Städten humanitäre Korridore an. Kiew hingegen wirft Russland einen unprovzierten Angriff und die gewaltsame Verschleppung der Evakuierten nach Russland vor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6239bc70b480cc13be12349e.PNG>

15:30 de.rt.com: **Ombudsfrau für Menschenrechte der DVR: Gefangenenaustausch zwischen Ukraine und Donezk temporär eingestellt**

Darja Morosowa, die Ombudsfrau für Menschenrechte der Volksrepublik Donezk, hat am Dienstag mitgeteilt, der Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und der DVR sei temporär eingestellt worden. Die ukrainische Seite setze sich "kategorisch" nicht mehr mit Donezk in Verbindung, so Morosowa.

16:00 de.rt.com: **"Nein zu NATO, Nein zum Krieg" - Kanadische Außenministerin wird von einem Protestierenden unterbrochen**

Der Pressesprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian hat auf seinem Twitter-Kanal ein [Video eines Vorfalls](#) am Montag während einer Sitzung des Rates für auswärtige Beziehungen in Montreal veröffentlicht.

Während die kanadische Außenministerin Mélanie Joly vor Publikum sprach, stürmte ein Demonstrant herein und rief:

"Stoppt die Waffenlieferungen! Warum haben Sie Kiew nicht gezwungen, die Minsker Vereinbarungen einzuhalten? Nein zu NATO! Sie sollten sich schämen! Sie werden uns in den

Dritten Weltkrieg ziehen."

Der chinesische Diplomat stimmte dem Protestierenden zu und kommentierte die Aktion mit eigenen Worten:

"Jeden Tag sprechen sie von Deeskalation, doch was sie tun, eskaliert jeden Tag."

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 22. März 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In Wolnowacha wurde die Mobilfunkbasisstation für „Phönix“ an ein Faseroptikkabel angeschlossen. Die Arbeiten an dem Relais „Sachanka – Sopino“ erlaubten es, die Verbindungsqualität der Basisstation in Tscherwono und Mangusch zu verbessern. Es läuft die Vorbereitung zum Anschluss an eine Basisstation in Wolodarskoje.

In Wolnowacha geben die Arbeiten zur **Wiederaufbau des Telekommunikationsnetzes** weiter. Es laufen Arbeiten zum Anschluss des Fernsehenders.

Im befreiten Andrejweka wurden **Renten an 192 Empfänger ausgezahlt**, eine Person erhielt Sozialzahlungen.

Spezialisten des Gesundheitsministeriums der DVR haben in den befreiten Ortschaften in den letzten 24 Stunden 147 Patienten empfangen, alle erhielten qualifizierte medizinische Hilfe.

In Rybinskoje wurde die Bevölkerung mit humanitärer Hilfe in Form notwendiger Medikamente versorgt. Nach Nowotrizkoje wurde ein Elektrogenerator geliefert, normale Sprechstunden für Patienten wurde eingerichtet, eine mobile Apotheke organisiert. In Olginka wurde das Ambulatorium untersucht, es wurden Schäden an der Fensterverglasung festgestellt. Nach dem Anschluss von Nikolajewka an die Stromversorgung wurde das Ambulatorium in Betrieb genommen.

In Besymennoje, Primorskoje, Krasnoarmejsk und Rosa Luxemburg nehmen die Ambulatorien Patienten normal an.

Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR haben die zerstörte Brücke am Weg von Dokutschajewks nach Nikolajewka untersucht, der Wiederaufbau des Objekts ist geplant. In Richtung Nikolajewka werden Maßnahmen zur Beseitigung von explosiven Objekten durchgeführt werden. Die Untersuchung der Autostraßen Donezk-Wolodarskoje-Mangusch, Donezk-Besymennoje, Mangusch-Nowoasowsk geht weiter.

Spezialisten der **Donezker Eisenbahn** haben gemeinsam mit Zivilschutzkräften des Zivilschutzministeriums in Wolnowacha die Infrastruktur des Rangierbahnhofs, des Abfahrtsbahnhofs und der Hauptgleise des Bahnhofs untersucht, wo explosive Objekte gefunden wurden. Es wurden Schäden an den Bahngleisen festgestellt. Reparaturen an der Waggonhalle, der Kommunikationsabteilung, an der Kantine und an der Lokomotivenhalle laufen.

An der Eisenbahnstation Karan wurden Wiederaufbauarbeiten an der Weiche Nr. 20 durchgeführt.

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben mehr als 36 Hektar in den befreiten Ortschaften, 18.500 Quadratmeter Gebäude untersucht und 726 explosive Objekte entschärft. Bei den Arbeiten wurden 49 Personen und 13 Stück Technik eingesetzt.

Die Zivilschutzkräfte leisten der Bevölkerung weiter humanitäre Hilfe.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und Bedarfe der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR** überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

16:25 de.rt.com: **Verstörende Bilder von Grausamkeiten und Gewalt: Lynchjustiz in der Ukraine**

Aus der Ukraine werden zunehmend Selbstjustiz und rassistische Gewalttaten gemeldet. Zuletzt wurden in Lwow gar ganze Roma-Familien misshandelt. Die verstörenden Bilder und Videoaufnahmen werden in der Berichterstattung der europäischen Medien weitgehend ignoriert.

Seit Anfang März häufen sich in sozialen Netzwerken Fotos und [Videoaufnahmen](#) aus der Ukraine mit an Masten festgebundenen Männern und Frauen, die mit heruntergelassener Hose bloßgestellt oder mit Stockschlägen auf den nackten Hintern malträtirt werden.

Für welche "Vergehen" der Betroffenen diese Art der Selbstjustiz geübt wird, ist weitgehend unklar. In einigen Fällen behaupten die Nutzer der sozialen Netzwerke, die diese Art von Videos posten und teilen, dass es sich bei den "Bestraften" um Plünderer und Diebe handelt. Ob das überhaupt stimmt, kann nicht geprüft werden, körperliche Bestrafung zumal ohne ordentliche Gerichtsverhandlung ist indes in jedem Fall illegal und ihrerseits als Straftat zu bewerten. Die Polizei mischt sich in der Regel nicht ein oder beteiligt sich gar an den Misshandlungen.

Besonderes Aufsehen erregte am Montag ein offensichtlich rassistisch motivierter Vorfall im westukrainischen Lwow, wo Roma an einen Laternenmast gefesselt und mit grünem antiseptischem Farbstoff besprüht worden waren.

Mehrere Roma-Familien, darunter Jugendliche und Familien mit Frauen und Kindern, wurden Berichten zufolge mit Klebeband an Laternenpfähle gefesselt und ihre Gesichter mit einem antiseptischen Farbstoff besprüht, der in den ehemaligen Sowjetstaaten als "Seljonka" bekannt ist. Die grün gefärbte Substanz lässt sich nur sehr schwer abwaschen und kann Verätzungen an den Augen verursachen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/AhsVebk7cSMhbXUD8ti-zlIHicS3QU833LxR2OOq2Bf4QUt9xuoeZYTvTSR6juJPfXK03A-4_ILKd3DGE7nDr2aSDL15t_fi57s0C6ORSt--8wleTtJSZ_5i0Wnj1F1EjPXX8MhFx2zdR5ubF-INEVmeJfK6BFc4NVPMngHbwi_6xrTn0BHwNjfvITUCVNGZO-l2DtYBQMi66irgfBTDiPBNUHUOm8FtlhNCC8A0GeTMWIUO4m1FeAEYlq-pqBQekpat3ITdQoAYedOoYmQEe_orq_UQ6zWLQjD4p4sDcTQ2qH2mGxG8_9oVyI6EAy8NqCrHQzJz7V_OKG4X4sR8qQ.jpg

Lokalen Medien zufolge wurden die Roma "bestraft", weil sie versucht hatten, die Fahrgäste eines Busses zu bestehlen. In den sozialen Medien wird jedoch behauptet, dass sie nur versucht hätten, Lebensmittel zu stehlen, da sie nach ihrer Flucht aus Kiew ausgehungert waren.

Einige Nutzer sozialer Medien behaupten, die harte Bestrafung sei auf die Nationalität der Opfer zurückzuführen. Für die grausame Tat wurden Angehörige der Territorialen Verteidigungskräfte verantwortlich gemacht, einer kürzlich gegründeten Freiwilligeneinheit des ukrainischen Militärs. Auf den Bildern vom Tatort sind maskierte Männer in Uniform zu sehen.

Lwow, das im Westen der Ukraine nahe der polnischen Grenze liegt, blieb von dem anhaltenden Konflikt im Land bisher weitgehend verschont. Mitte März bombardierte Russland einen Söldnerstützpunkt auf dem Jaworow-Schießplatz außerhalb der Stadt und gab an, dass dort bis zu 180 Ausländer, die für Kiew kämpfen wollten, getötet worden seien. Die Ukraine bezifferte die Zahl der Toten auf 35.

Auch aus anderen Teilen der Ukraine gibt es seit Beginn des russischen Angriffs Ende Februar Berichte über die Verfolgung von Ausländern und Minderheiten durch Radikale.

Es gab Vorfälle, bei denen afrikanischen Studenten der Zugang zu Zügen und Bussen

verweigert wurde, die Flüchtlinge aus dem Land gebracht hatten. Diejenigen, denen es gelang, die Grenze zu Polen zu erreichen, wurden von Grenzbeamten daran gehindert, sich in dieselbe Reihe mit ukrainischen Staatsangehörigen zu stellen, sie wurden mit dem N-Wort beschimpft und sogar verprügelt. Die Afrikanische Union hat diese Vorfälle als "schockierend, rassistisch und völkerrechtswidrig" verurteilt.

Inder, die in dem Land studieren, berichteten russischen Medien von einer ähnlichen Behandlung. Sie beklagten sich auch darüber, dass sie aus den Luftschutzkellern geworfen wurden und die Einheimischen ihnen sagten, sie würden ihnen nicht helfen, weil Indien Kiew im Konflikt nicht helfe.

Ein Staatsbürger Israels wurde bei dem Versuch, Kiew zu verlassen, erschossen, weil die selbst ernannten "Territorialverteidiger" ihn für einen Tschetschenen gehalten hatten. Kurz vor Beginn der russischen Intervention in der Ukraine kam es im ukrainisch kontrollierten Teil des Donbass zu einem Mord an zwei ethnischen Griechen, die von ukrainischen Soldaten nach einem Streit erschossen wurden.

Das folgende [Video](#) zeigt einen Akt der Lynchjustiz in Charkow. Der "Bestrafte" wurde mit einer Flasche Alkohol angetroffen, die selbst ernannten Ordnungshüter vermuteten, dass er diese Flasche gestohlen hatte.

Der Nutzer, der das Video bei Telegram teilte, kommentiert den Vorfall mit den Worten: "Charkow. Chroniken von den marodierenden Fronten. Während Selenskij für die Überreste der Ukraine eine neue Fantasieroute nach Europa bahnt, halten die Nazis vor Ort Meisterkurse in der Entwicklung des Rechtssystems ab.

Wenn der EGMR, die UNO und andere betroffene Stellen sich über solche Massaker nicht besonders empören, dann ist das offenkundig durchaus eine europäische Methode."

Moskau entsandte im vergangenen Monat Truppen in das Nachbarland, nachdem Kiew sieben Jahre lang die Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt und Russland die abtrünnigen Donbass-Republiken Donezk und Lugansk schließlich anerkannt hatte. Das von Deutschland und Frankreich vermittelte Minsker Protokoll hätte den Status der Regionen innerhalb des ukrainischen Staates regeln sollen.

Russland forderte nun, dass die Ukraine sich offiziell als neutrales Land erklärt, das niemals der NATO beitreten wird. Ein weiteres Ziel der Militäroperation ist die "Entnazifizierung" des Landes, wie Moskau behauptet. Kiew besteht darauf, dass die russische Offensive völlig unprovokiert war, und weist Behauptungen zurück, es habe geplant, die beiden Republiken mit Gewalt zurückzuerobern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6239d77ab480cc7c7c66b0dc.jpg>

17:50 de.rt.com: **Regensburg: Mann randaliert in russischem Lebensmittelgeschäft**

In der lokalen Presse waren die Übergriffe auf den russischen Katjuscha-Supermarkt bereits Thema. Erst am 16. März titelte die Mittelbayerische Zeitung "Anfeindungen im Katjuscha-

Supermarkt" und berichtete über mehrere Überfälle auf den Laden:

"Betreiber des Lebensmittelladens in Regensburg setzen ein Zeichen gegen den Krieg. Dennoch werden sie angegangen und bedroht."

Nun randalierte am Montag erneut ein Mann in dem Geschäft, warf mehrere Regale um und schmiss die Ware aus anderen Regalen auf den Boden. Sodann wurde er, wie das das Telegram geteilte [Video](#) zeigt, von einem Sicherheitsmitarbeiter festgenommen.

Behauptungen, wonach es sich bei dem Randalierer um einen Ukrainer handeln soll, können derzeit nicht unabhängig geprüft werden.

abends:

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 22.3.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122-mm-Rohrartillerie, Panzern und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **drei Zivilisten verletzt**. 3 Wohnhäuser, 4 Infrastrukturobjekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 28 ukrainische Besatzer, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“, zwei Schützenpanzer und einen Panzer vernichtet.

Acht Soldaten der 54. mechanisierten Brigade und sechs der 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Wahl getroffen und freiwillig die Waffen niedergelegt, womit sie ihr Leben gerettet haben.

In Richtung Mariupol ist die 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte vollständig entnazifiziert. Soldaten der Donezker Volksrepublik haben vier Panzer, zwei Panzerfahrzeuge, zwei Kommunikationskomplex der taktischen Ebene „Harris“ erbeutet. Unsere Spezialisten studieren die Dokumenten und geheimen Datenträger, die die Besatzer während ihrer schändlichen Flucht zurückgelassen haben.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 331 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der DVR übergegangen, 25 von ihnen befinden sich in medizinischen Einrichtungen.

Ich wende mich an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und empfehle nachdrücklich, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die Verluste des Gegners die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 137 Tote und 189 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 159 Tote und 174 Verletzte;

56. Panzergrenadierbrigade – 165 Tote und 202 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 236 Tote und 261 Verletzte;

12. operative Brigade der Nationalgarde der Ukraine – 324 Tote und 345 Verletzte.

Zu unserem großen Bedauern **starben in den letzten 24 Stunden fünf Verteidiger der**

Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, **17 wurden verletzt**.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sein werden.

Am 15. März gerieten der Ladefahrer einer Zugabteilung einer Raketenabteilung Gardeunterfeldwebel Sergej Olegowitsch Shuraljow und der Fahrer eines Versorgungszugs der Raketenabteilung, der Gardegefreite Michail Olegowitsch Shukowez bei der Ausführung einer Aufgabe zum Betanken von Militärtechnik in Richtung Mariupol unter Artilleriebeschuss des Gegners. Trotz ihrer Verletzungen konnten die Soldaten einen Brand der ihnen jeweils anvertrauten Technik verhindern und sie gewährleisteten den Abzug der beschädigten Tankwagen aus der Beschusszone, was es erlaubte, das Tempo des Vordringens der angreifenden Einheiten zu erhalten.

18:00 de.rt.com: **McFaul auf Twitter: Russland soll Erdöl weiter nach Westen liefern, aber ohne Gegenleistungen zu erhalten**

Der ehemalige US-Botschafter in Russland und Politikwissenschaftler Michael McFaul hat in seinem Twitter vorgeschlagen, Moskau müsse den Erdöllexport in "demokratische" Staaten fortsetzen, die sollten aber dafür vorerst nicht an Russland bezahlen müssen. So könne Putin gezwungen werden, seinerseits den Krieg oder die Öllieferungen zu beenden.

"Russland sollte das Erdöl weiter in demokratische Staaten liefern, aber die Empfänger sollten die Zahlung für diese Energieressourcen auf Treuhandkonten überweisen, bis Putin den Krieg beendet. Dann wäre es Putins Entscheidung, ob er die Öllieferungen einstellen würde oder nicht."

20:29 (18:29) novorosinform.org: **Das Donezker Militär übernahm die Kontrolle über Wernhnetorezkoje**

Die Streitkräfte der DVR haben das Dorf Werchnetorezkoje, das zuvor unter der Kontrolle ukrainischer Nationalisten stand, unter die Kontrolle der Volksrepublik Donezk zurückgebracht, teilte das russische Verteidigungsministerium in einer Erklärung mit.

Laut dem offiziellen Vertreter der Militärabteilung, Generalmajor Igor Konaschenkow, rückt das Donezker Militär weiter vor. Derzeit gebe es eine Konfrontation mit Kämpfern der 25. Luftlandebrigade der Streitkräfte der Ukraine.

Laut Konaschenkow erlitt der Feind Verluste in Form von zwei zerstörten Panzern, fünf Infanterie-Kampffahrzeugen, drei Artillerie-Reittieren und sieben Geländewagen.

Früher wurde berichtet, dass Flugzeuge der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte 83 militärische Einrichtungen der ukrainischen bewaffneten Formationen zerstört hätten.

Darunter befänden sich drei Lager mit Ausrüstung und Munition, vier Flugabwehr-Raketensysteme, 68 Sammelstellen für militärische Ausrüstung sowie vier Kommandoposten.



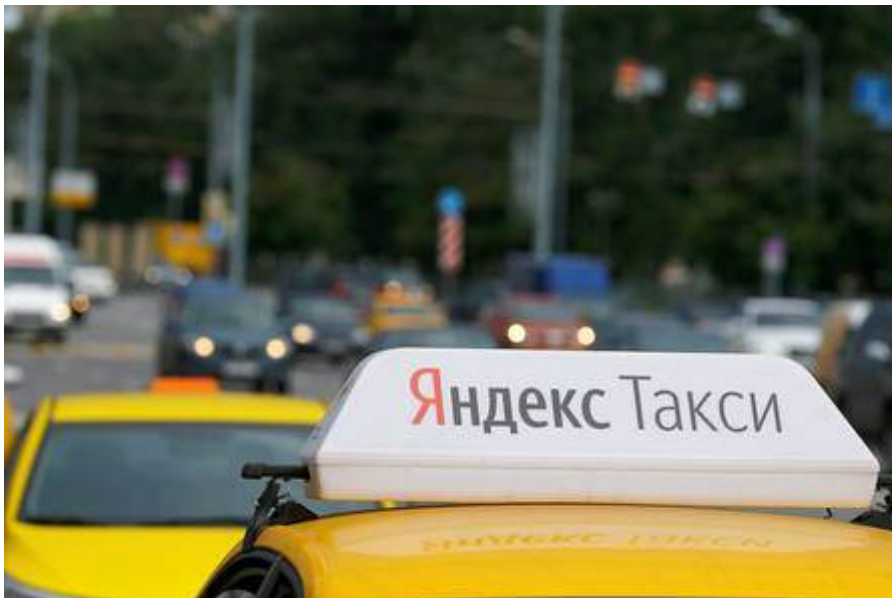
https://novorosinform.org/content/images/15/73/41573_720x405.jpg

18:30 de.rt.com: **Taxifahrer in Lettland protestieren gegen Verbot von Yandex Taxi**

Die lettischen Taxifahrer haben sich an ihre Regierung mit der Forderung gewandt, den Dienst Yandex Taxi nicht zu verbieten. Die Sperrung dieses Dienstes in Lettland werde sich negativ auf gewöhnliche Kunden und Fahrer auswirken, hieß es in einem öffentlichen Brief an die Behörden. In der Hauptstadt Riga starteten Taxifahrer nach Medienangaben einen friedlichen Protest gegen die Entscheidung der Behörden.

Lettland hatte beschlossen, die Lizenz des Dienstes Yandex Taxi zu widerrufen und auch die App Yandex.Go zu sperren. Grund dafür sei der Vorwurf, dass die Daten der Nutzer angeblich auf Servern aufbewahrt werden, die sich in Russland befinden. Der Pressedienst von Yandex Taxi erwiderte darauf, der Dienst entspreche völlig den Forderungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union (EU) und sei dementsprechend im Jahr 2020 auch in Lettland erfolgreich registriert worden.

Der ehemalige Chef von Yandex, Tigran Chudawerdjan, steht heute auf der EU-Sanktionsliste. Er hatte danach seinen Posten verlassen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623a015248fbef63363ba2c1.jpg>

20:31 (18:31) novorosinform.org: **Russische Streitkräfte zerstörten militärische Einrichtungen der Streitkräfte der Ukraine in Kramatorsk und Lisitschansk**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkov, sagte, dass

militärische Einrichtungen der Streitkräfte der Ukraine in Kramatorsk und Lisichansk durch hochpräzise Schläge der russischen Streitkräfte zerstört worden seien.

„Am 22. März wurden luft- und seegestützte hochpräzise Langstreckenwaffen auf militärische Einrichtungen der Streitkräfte der Ukraine geschossen“, sagte der Generalmajor.

Ihm zufolge wurden in den von der Ukraine besetzten Lisitschansk und Kramatorsk große Lagerhäuser für Kraft- und Schmierstoffe zerstört.

Zuvor veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium ein [Video](#) über die Zerstörung der ukrainischen Artilleriebatterie, bestehend aus „Hyazinth-B“.

18:50 de.rt.com: **Ukraine: Ungarn unterstützt Sanktionen gegen Russland nicht, weil Budapest Transkarpatien beanspruchen will**

Die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Irina Wereschtschuk, hat die Position Ungarns in Bezug auf Sanktionen gegen Russland verurteilt. Die Politikerin äußerte die Vermutung, Budapest wolle entweder billiges russisches Gas oder das ukrainische Transkarpatien beanspruchen. Wereschtschuk wörtlich:

"Nicht einmal alle Satelliten Russlands aus der ehemaligen Sowjetunion verhalten sich so wie die ungarische Regierung. Was soll das? Wollen sie billiges russisches Gas? Oder wollen sie vielleicht unser Transkarpatien?"

Zuvor hatte das ungarische Außenministerium angekündigt, Budapest werde sich den Sanktionen gegen den russischen Erdöl- und Gasexport nicht anschließen.



https://novorosinform.org/content/images/15/62/41562_720x405.jpg

21:08 (19:08) novorosinform.org: **Vertreter der Russischen Föderation bei der UNO: Ukrainische Neonazis bereiten Provokationen mit Chemikalien vor**

Der erste stellvertretende Vorsitzende Russlands bei der UN Dmitri Poljanski sagte, dass ukrainische Nationalisten Provokationen mit gefährlichen Chemikalien vorbereiten.

Er stellte fest, dass auf dem von ukrainischen Kämpfern kontrollierten Territorium Provokationen vorbereitet werden.

„Zu unserem tiefen Bedauern beginnen sich unsere Vorhersagen über die Vorbereitung ukrainischer nationalistischer Gruppen zur Organisation inszenierter chemischer Provokationen in den von ihnen kontrollierten Gebieten zu bewahrheiten“, sagte Poljanski.

Das russische Verteidigungsministerium hat wiederholt erklärt, dass in der Ukraine an den Komponenten biologischer Waffen gearbeitet werde.



https://novorosinform.org/content/images/15/75/41575_720x405.jpg

19:16 de.rt.com: **Die KPRF stellt sich hinter Putins Ukraine-Kurs**

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation hat in einer Pressekonferenz der Duma-Fraktion am Dienstag ihre Unterstützung für die russische militärische Operation und die Entnazifizierung der Ukraine bekundet. Zugleich forderte der Vorsitzende der Partei, Gennadi Sjuganow, eine "linkszentristische Wende" in der Innen- und Wirtschaftspolitik. Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) trägt die militärische Operation der Russischen Föderation in der Ukraine mit und fordert einen linkszentristischen Kurs in der Innen- und Wirtschaftspolitik. Dies gab der Vorsitzende der KPRF, Gennadi Sjuganow, bei einer Pressekonferenz bekannt, die er zusammen mit weiteren kommunistischen Duma-Abgeordneten in Moskau abhielt.

Sjuganow wünschte "unseren Jungs" und den Kommandeuren Erfolg bei der Durchführung des schwierigen Einsatzes, den er als "militärische und politische Operation zur Befreiung der Ukraine vom Nazismus, Faschismus und der Bandera-Ideologie" bezeichnete. Die Intervention richte sich nicht gegen das ukrainische Volk, betonte der langjährige KPRF-Chef: "Das ukrainische Volk ist in die Klauen der Bandera-Nazis und amerikanischer CIA-Agenten geraten. Es ist jetzt vom Faschismus okkupiert. Wir müssen alles tun, damit im Ergebnis dieser Operation Europa und wir alle vom Nazismus und der alle bedrohenden Lebensgefahr befreit werden."

Sjuganow berichtete, dass die Duma-Fraktion der KPRF und ihre wissenschaftlichen Dienste die zehnjährige Erfahrung mit der Entnazifizierung Deutschlands aufgearbeitet und in einem Bericht zusammengefasst haben. Diesen Bericht hat die Fraktion allen Abgeordneten beider Parlaments-Kammern, dem Kreml und der Regierung zur Verfügung gestellt.

Die KPRF hofft, dass er bei der Gestaltung der Entnazifizierung der Ukraine berücksichtigt wird. Sjuganow blickte bei der Pressekonferenz auf die Jahre 1963 bis 1966 zurück, als er Wehrdienstleistender bei den sowjetischen Truppen in der DDR war. Dort habe es zu seinen Aufgaben gehört, die Gesetzestreue von etwa tausend ehemaligen Nazis im Bezirk Gera zu überwachen.

In der Pressekonferenz wurde zudem bekannt, dass die KPRF-Fraktion die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Biolaboren in der Ukraine fordert.

Sjuganow sagte dazu:

"Die Amerikaner haben uns nicht nur mit etwa 700 Militärbasen von allen Seiten her umzingelt, sie haben zugleich entlang der gesamten Südgrenze Russlands von Lwow bis Alma-Ata eine ganze Reihe solcher Biolabore aufgebaut, wo sie vielfältige Stämme von Viren und Bakterien züchten, die allen lebenden Organismen gefährlich werden können. Ich erinnere daran, dass die Einheit 731 (der japanischen Kwantung-Armee), in der Japaner die unmenschlichsten Experimente an lebenden Menschen durchführten, vollzählig in die USA evakuiert wurde. (...) In Korea und Vietnam haben sie (die Amerikaner) fast drei Millionen

Menschen mit chemischen und biologischen Giften umgebracht."

Darüber hinaus wurde am Dienstag das Programm der Kommunisten mit dem Titel "20 Schritte zu einem würdigen und siegreichen Leben" vorgestellt. Zu den innenpolitischen Forderungen der KPRF gehören demnach unter anderem die Einführung eines Mindestlohnes von 25.000 Rubel, die Umsetzung eines großangelegten Bildungsprogramms und die Verdoppelung der Finanzierung wichtiger Industriezweige, unter anderem des Flugzeugbaus. Die Partei fordert zudem die Aufklärung der Ausfuhr von 300 Milliarden Dollar Währungsreserven und von 600 Tonnen Gold in den feindlich gesinnten Westen während der letzten zwei Jahre sowie die Bestrafung der Verantwortlichen.

Russlands Kommunisten wollen sich dafür einsetzen eine linkszentristische Wende im Land herbeiführen, sie fordern Völkerfreundschaft, Gerechtigkeit und Sozialismus. Nur das könne Russland aus der schweren Krise herausführen, resümierte Sjuganow. Die KPRF ist die derzeit stärkste Oppositionspartei Russlands. Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2021 erhielt sie fast 19 Prozent der Wählerstimmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6239eac0b480cc3d577bcdade.jpg>

20:20 de.rt.com: **Berlin: CDU will Thälmann-Denkmal einschmelzen und Erlös an ukrainische Hilfsprojekte spenden**

Schon seit der Wende ist das Denkmal für den von den Nazis ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann einigen ein Dorn im Auge. Der Ukraine-Krieg bietet nun christdemokratischen Lokalpolitikern eine Gelegenheit, um erneut den Abriss zu fordern. Die CDU-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Berlin-Pankow will laut Medienberichten beantragen, ein Denkmal aus DDR-Zeiten im Ortsteil Prenzlauer Berg zu beseitigen. Es geht um das 50 Tonnen schwere Monument zu Ehren des ehemaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann. Die CDU-Fraktion will ihren Antrag auf der Sitzung der BVV am 23. März einreichen, wie die Berliner Morgenpost berichtete.

David Paul, der CDU-Politiker, welcher den Antrag formuliert, will erreichen, dass das Denkmal nicht nur abgetragen, sondern auch eingeschmolzen wird. Der Erlös aus dieser Aktion soll dann an Hilfsprojekte in der Ukraine gehen. In dem Antrag begründen Paul und seine Fraktion die vorgeschlagene Zerstörung des Denkmals mit der historischen Rolle Thälmanns:

"Es ist bedenklich, dass wir im Herzen Berlins einen Menschen ehren, der ein Antidemokrat war."

Die Ziele der Partei, der er angehörte, seien nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar. Das werde durch den jetzigen Ukraine-Krieg weiter verschärft:

"Es geht auch um den Umstand, dass wir jetzt Krieg in Europa haben, geführt von einem

Mann, der Demokratie als Feigenblatt benutzt."

Dabei verweist die CDU darauf, dass Putin den Zusammenbruch der Sowjetunion als größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet hatte. Auf dem Thälmann-Denkmal seien Symbole der Sowjetunion deutlich zu erkennen, und eben darin sehen Paul und die CDU eine Verbindung. Angesichts des russischen Einmarsches in die Ukraine müsse man jetzt erneut versuchen, den "Kampfkoloss" Ernst Thälmann abzureißen.

Die CDU hofft aufgrund der durch den Ukraine-Krieg geschaffenen politischen Lage auf die Zustimmung der anderen Fraktionen zu ihrem Antrag. Die Vorlage soll nicht einmal zur Beratung in die Fachausschüsse, wenn es nach den Christdemokraten ginge. Ob der Antrag echte Chancen hat, ist indes fraglich. Zumindest Vertreter der Linken wiesen ihn bereits im Vorfeld ab. So erklärte der Linken-Politiker Klaus Lederer, Kultursenator von Berlin, auf Anfrage der Berliner Morgenpost:

"Es gibt sicher bessere Wege, der Ukraine zu helfen, ohne selbst Kulturgut zu vernichten. Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, dass auch die sowjetischen Ehrenmale weiterhin unter Schutz stehen."

Auch die Freien Demokraten äußerten sich skeptisch. Der liberale Berliner Abgeordnete Felix Reifschneider erklärte im Namen der Pankower FDP:

"Der Vorschlag der CDU ist an Populismus nicht zu überbieten, auch wenn das Denkmal für den kämpferischen Antidemokraten Ernst Thälmann aus der Zeit gefallen ist."

Statt das Denkmal abzureißen, will die FDP lieber den Park, wo es sich befindet, umgestalten. Die Grünen hingegen zeigten sich begeistert von dem Vorschlag. Bereits Anfang der 1990er Jahre habe die Partei einen ähnlichen Antrag der SPD unterstützt. Den "Kopf" könne man höchstens noch als Teil eines Denkmals erhalten, das "die Verbrechen des Stalinismus und Ernst Thälmanns klar benennt." Man sei von einem solchen, "einer Demokratie angemessenen Mahnmal (leider) noch weit entfernt." Bei Jüngeren löse die angebliche "Monstrosität" des Monuments "nur noch Erschrecken" aus.

Ernst Thälmann führte ab 1925 die Kommunistische Partei Deutschlands. Kurz nach der Machtergreifung der Nazis wurde er verhaftet und im August 1944 im KZ Buchenwald ermordet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6239e3e6b480cc42611ed0b3.jpg>